

Landes-  
hauptstadt Kiel



## Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel  
Bestand Protokolle der Ratsversammlung  
Signaturen P II/64 fortlaufend

## E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Stadtvertretung, Mittwoch, den  
4. August 1948, 15,00 Uhr, Rathaus, Ratssaal.

- - - -

## Tagesordnung

### Mitteilungen

1. Betrifft: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 2. Juli 1948.
2. Betrifft: Vortrag des Oberbürgermeister: "Kiel nach der Währungsreform."
3. Betrifft: Arkaden im Warenhaus W. Jacobsen A.G., Preußerstraße.  
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg. - Drs. 232 -
4. Betrifft: Niederschlagung und Erlaß von Forderungen - Drs. 241 -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
5. Verschiedenes.

Der Oberstadtdirektor.



Drucksache 232

Betr.: Arkaden im Warenhaus W. Jacobsen A.G., Preußerstraße.

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

- Antrag:
- a) Zustimmung zum Abschluß des anliegenden Vertrages mit der Fa. W. Jacobsen AG.
  - b) Bereitstellung von 35.000,-- DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 660/971 mit der Bezeichnung "Umgestaltung von Straßen zur Verbesserung des Verkehrs".
  - c) Bereitstellung weiterer 65.000,-- DM bei derselben Haushaltsstelle zur Erstattung der Umbaukosten gegen Nachweis.

Die Deckung erfolgt aus Mitteln des neu aufzustellenden ordentlichen Haushalts 1948.

Begründung

Die Entwicklung des Verkehrs in dem engen Eingang der Holtenauer Straße erfordert eine Verbreiterung des Fahrdammes. Zu diesem Zwecke soll der Fußgängerverkehr durch einen Laubengang in das Gebäude des Warenhauses W. Jacobsen A.G., Preußerstraße/Ecke Holtenauer Straße verlegt werden. Die Bauarbeiten sollen mit der Wiederherstellung des kriegsbeschädigten Gebäudes verbunden werden.

Die Stadtvertretung hat daher am 9. Juli 1947 beschlossen:

- a) "zugestimmt, daß unbeschadet der endgültigen Fluchtlinienfestsetzung für den vorderen Teil der Holtenauer Straße diese beim Warenhaus W. Jacobsen A.G. durch Arkadenanlage eine Verbreiterung um den Bürgersteig finden soll,
- b) zugestimmt, daß der Fa. W. Jacobsen A.G. beim Zustandekommen eines entsprechenden Vertrages
  1. die Kosten für die sich aus der beabsichtigten Straßenverbreiterung ergebenden baulichen Veränderungen an und in ihrem Warenhaus im Betrage von 54.000,-- RM erstattet werden,
  2. eine Abfindung von 60.000,-- RM gezahlt wird dafür, daß sie der Stadt an ihrem Warenhausgrundstück eine Dienstbarkeit durch grundbuchliche Belastung bestellt, auf Grund deren die Stadt berechtigt sein soll, auf dem für die Straßenverbreiterung benötigten nach der baulichen Umgestaltung zur Verfügung stehenden Teil einen Bürgersteig anzulegen und zu halten und andererseits der jeweilige Grundeigentümer verpflichtet sein soll, eine Wiederbebauung der dafür in Anspruch genommenen Grundfläche zu unterlassen.
- c) Genehmigung nach § 91 Abs. II DGO zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 114.000,-- RM bei der Haushaltsstelle 660/971.

Der Haushaltsfehlbedarf erhöht sich nicht, da Ausgabersparnisse in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 920/971 zu verzeichnen sind.

Der für die Ausführung dieses Beschlusses vorbehaltene Vertrag ist nicht zustande gekommen, weil die Firma W. Jacobsen A.G. die Entschädigung für die Nutzungsbeschränkung ihres Grundstücks in Höhe von 60.000,-- RM bei der ersten Vertragsverhandlung in

neuer

neuer Währung verlangte, mindestens aber 40.000,-- RM nach der Währungsreform und 20.000,-- RM vor der Währungsreform. Sie ist jetzt bereit, der Stadt die Nutzungsbeschränkung für 35.000 DM (zahlbar 20.000 DM am 5. August 1948 und 15.000 DM am 15. August 1948) einzuräumen. Bei der zehnpromzentigen Abwertungsquote entspricht das etwa der Zahlung des reichlich halben Betrages vor der Währungsreform und des Restes nach der Währungsreform. Diese Verteilung ist günstiger als sich bei anderen Grundstückserwerbsverhandlungen der Stadt erreichen ließ.

Ein dringliches Verkehrsbedürfnis nach der Verlegung des Fußgängerverkehrs in einen Laubengang besteht nach wie vor. Es ist auch noch durchaus fraglich ob - insbesondere unter Berücksichtigung der hohen Kosten - die Auswertung des Innenstadtwettbewerbes zu einer Entlastung der Holtenauer Straße in Höhe des Geschäftshauses W. Jacobsen A.G. etwa durch einen neuen großen Verkehrszug vom Rathausvorplatz westlich der Bergstraße unter Einführung in die Holtenauer Straße nördlich Jacobsen A.G. führen wird. Jedenfalls würde sich ein solcher Verkehrszug auf längere Zeit nicht verwirklichen lassen. Die Fa. W. Jacobsen A.G. hat die Kriegsschäden, deren Beseitigung ihr unter Vorbehalt hinsichtlich des Laubenganges genehmigt ist, bisher zu 40 % durchgeführt. Die Firma könnte bei Fertigstellung die dringend anderweit benötigten Räume des Gewerkschaftshauses freimachen und würde das Erdgeschoß und 1. Stockwerk des Hauses in der Preußerstraße beanspruchen. Die oberen Stockwerke sind für

4. Stock: Schneiderwerkstätten Driemeyer (jetzt Milchforschungsinstitut) und die einzige Kieler Fotokopieranstalt John (jetzt Gebäude des Christlichen Vereins Junger Männer, Jägersberg);
3. Stock: Nord-Süd-Bau A.G. und Neudeck & Dransfeldt, Vertretung techn. Artikel, (jetzt Räume der Universität Dänische Straße 19) und 2 jetzt in Wohnräumen untergebrachte Firmen;
2. Stock: Angestelltenkrankenkasse (jetzt in einer baufälligen Baräcke Winterbeker Weg), Schleswig-Holsteinische Brandgilde, Kohlengrußhandlung und "Neue Welt".

Es ist auch heute noch bauwirtschaftlich zu empfehlen, wenn die Herstellung des Laubenganges mit den Arbeiten zur Beseitigung der Kriegsschäden verbunden und nicht erst ohne Rücksicht auf die allgemeinen Verkehrsbedürfnisse ein alsbald wieder abzuändernder Zustand geschaffen wird. Der Betrag von 35.000,-- DM Abgeltung für die Nutzungsbeschränkung stellt sich für die Stadt nach der heutigen Beurteilung der Verhältnisse günstiger dar als die Entschädigung, die bei einer zwangsweisen Inanspruchnahme des Grundstücks voraussichtlich gezahlt werden müßte.

Hinsichtlich der Höhe der Kosten für die baulichen Veränderungen an und in dem Warenhaus, welche die Anlegung des Laubenganges mit sich bringt, und die noch nicht begonnen sind, ist zu bemerken: Sie waren im Jahre 1947 auf 54.000,-- RM geschätzt und sind von dem bauleitenden Architekten Stoffers am 19. April 1948 auf 65.000,-- RM veranschlagt worden. Die Höhe läßt sich heute noch nicht genau übersehen, da als Auswirkung der Währungsreform mit einer kostensparenden Leistungssteigerung der Bauunternehmer und -arbeiter gerechnet wird.



Z w i s c h e n

der Firma W. Jacobsen A.G., vertreten durch den Kaufmann  
Fritz Jacobsen aus Kiel, Caprivistraße 21,

und

der Stadt Kiel, vertreten durch

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Die Fa. W. Jacobsen A.G. gestattet der Stadt Kiel, das ihr gehörige Grundstück und Bauwerk Holtenauer Straße/Ecke Preußerstraße, eingetragen im Grundbuch von Kiel, Band 302, Blatt 9869, auf dem aus anliegendem Lageplan (Anlage 1) ersichtlichen Teil zu nutzen und diesen Teil dem Gebrauch als öffentliche Straße zuzuführen.

§ 2

Als Entschädigung für die Nutzungsbeschränkung des Grundstücks zahlt die Stadt Kiel an die Firma W. Jacobsen A.G. 35.000 DM, nämlich

20.000 DM zahlbar am 5. August 1948 und weitere  
15.000 " zahlbar am 15. August 1948.

§ 3

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird die Bauausführung des Laubenganges von der Firma W. Jacobsen A.G. übernommen, da der bearbeitende Architekt Herr Stoffers gleichzeitig die Instandsetzungsarbeiten des Hauses leitet, Die Stadt Kiel wird die entstehenden Umbaukosten für den Laubengang, ausschließlich der Beseitigung von Kriegsschäden, an die Firma W. Jacobsen A.G. erstatten. Die Ausführung des Baues erfolgt nach Maßgabe der Bauzeichnung des Architekten Stoffers vom 1. April 1948 (Anlage 2). Die Firma W. Jacobsen A.G. verpflichtet sich, die Abrechnung mit den zuständigen städtischen Dienststellen vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen. Die Fa. W. Jacobsen A.G. hat auf Verlangen der Stadt Teilrechnungen vorzulegen. Die Bauarbeiten werden von der Fa. Jacobsen A.G. so schnell durchgeführt, wie es die zur Verarbeitung verfügbaren Baustoffe ermöglichen.

Die Bauarbeiten müssen von der Fa. W. Jacobsen A.G. so vorgenommen werden, daß der später unter den Lauben zu eröffnende öffentliche Verkehr gesichert ist. Der Unterbau für den Bürgersteig ist so herzustellen, daß Schäden an der vom Tiefbauamt der Stadt Kiel herzustellenden Plattenbefestigung des Bürgersteigs nicht entstehen. Nach Fertigstellung des Baues trifft die Verantwortlichkeit für Schäden, die dadurch eintreten, daß der jeweilige Eigentümer die an die Laubengänge grenzenden Bauteile nicht in ordnungsmäßigem Zustand hält, den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks. Die Unterhaltung der Plattenbefestigung des Bürgersteigs, die Reinigung und Beleuchtung ist von der Stadt vorzunehmen.

§ 4

Die in § 1 genannte Nutzungsbeschränkung des Grundstücks erstreckt sich auf die Oberfläche des Bürgersteigs und den darüber liegenden Luftraum einschließlich der Berechtigung zur Anbringung von Beleuchtungsanlagen und dgl. am Gebäude. Da die Kellerräume unter der Bürgersteigfläche für Kabel jeglicher Art und für Kanalisation oder sonstige Leitungen z.Zt. nicht in Anspruch

genommen

genommen werden, so tritt eine Nutzungsbeschränkung für diese nur insoweit ein, wie es die technische Durchführung der Umbauarbeiten infolge Tieferlegung eines Teiles der Kellerdecke erfordert. Eine Anbringung von Öffnungen in der Bürgersteigfläche ist nicht gestattet. Die in der anzulegenden Schrammkante an der Holtenauer Straße liegenden Kellerlichtschächte bleiben bestehen. Das Recht der Benutzung der unter der Bürgersteigfläche liegenden Kellerräume bleibt bestehen.

§ 5

Die Fa. W. Jacobsen A.G. verpflichtet sich, zugleich für ihre Rechtsnachfolger, die Beschränkung des Grundstücks in der im § 1 und 4 genannten Weise für alle Zeiten zu dulden. Zur Sicherung der Rechte der Stadt Kiel beantragt und bewilligt die Firma W. Jacobsen A.G. in Abteilung 2 des Grundbuchs von Kiel, Band 302, Blatt 9869 im Range vor allen Lasten die Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit.

§ 6

Sämtliche mit diesem Verträge und seiner Erfüllung verbundenen Kosten, insbesondere die Notariats- und Grundbuchkosten, trägt die Stadt Kiel.

§ 7

Der Kaufmann Fritz Jacobsen versichert, daß weder der Grundbesitz noch das sonstige Vermögen der Firma W. Jacobsen A.G. der Sperre der Gesetze Nr. 52 und 53 der Militärregierung und den dazu ergangenen allgemeinen Verfügungen unterliegt.

Finanzausschuß

Kiel, den 14. Juli 1948

Drucksache 241

Betr.: Niederschlagung und Erlaß von Forderungen.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Zustimmung zur Niederschlagung von 241,10 RM und zum Erlaß von 47,-- RM.

Ausgelegt: Niederschlagungs- und Erlaßlisten.

Begründung

Von nachstehend aufgeführten städtischen Dienststellen werden Niederschlagungslisten in Höhe von insgesamt 241,10 RM und Erlaßlisten in Höhe von insgesamt 47,-- RM vorgelegt:

Niederschlagungslisten

a) Grundstücksamt	138,10 RM
b) Feuerlösch- und Rettungswesen	103,-- "
	<u>241,10 RM</u>

Erlaßlisten

Schulamt 47,-- RM

Die Einzelbegründungen sind aus den ausgelegten Listen ersichtlich. Die Kämmereiverwaltung und das Rechnungsprüfungsamt haben gemäß § 38 Abs. 3 und 4 GemHVO keine Bedenken erhoben.

Nickelsen  
Stadtrat.



Kiel, den 30. Juli 1948

Nachtragstagesordnung

zur Sitzung der Stadtvertretung, Mittwoch, den 4.8.1948,  
1500 Uhr, Rathaus, Ratssaal.  
- - -

5. Betrifft: Gemeindewahl am 24.10.1948. - Drs. 248 -  
Berichterstatter: Oberbürgermeister
6. Betrifft: Bewirtschaftungsplan für Baumittel. - Drs. 249 -  
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
7. Betrifft: Neuwahl der Schiedsmänner. - Drs. 251 -  
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
8. Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen. - Drs. 252 -  
Berichterstatter: Oberbürgermeister.
9. Betrifft: Verwaltungsgebührenordnung. - Drs. 254 -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
10. Verschiedenes.

Nichtöffentliche Sitzung

11. Betrifft: Tilgung des von der Flughafengesellschaft mbH.  
gewährten Darlehens von 100.000 RM . - Drs. 247 -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Der Oberstadtdirektor

Kiel, den 12. Juli 1948.

Drucksache 248

Betrifft: Gemeindewahl am 24. Oktober 1948.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung, daß

- a) in der Gemeindewahl am 24. Oktober 1948 44 Gemeindevetreter, und zwar 26 unmittelbare und 18 Listenvertreter gewählt werden,
- b) ein Wahlausschuß gebildet, der besteht aus dem Oberstadtdirektor als Vorsitzenden und aus 7 Ratsherren, für die außerdem Stellvertreter zu wählen sind, und zwar

Ordentliche Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

- 6.
- 7.

Stellvertreter:

- 1.
  - 2.
  - 3.
  - 4.
  - 5.
- 6.
  - 7.

Begründung:

- a) Aufgrund § 13 des Wahlgesetzes für die Gemeinde- und Kreisvertretungen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz) vom 15. Juni 1948 ist die Zahl der zu wählenden Vertreter auf insgesamt 44, und zwar 26 unmittelbare und 18 Listenvertreter festzusetzen.
- b) Nach § 18 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes ist unter Berücksichtigung aller Parteien ein Wahlausschuß zu wählen. Den Vorsitz übernimmt als Wahlleiter der Oberstadtdirektor. Der zu wählende Wahlausschuß besteht außer dem Vorsitzenden aus 7 Beisitzern. Für jeden Beisitzer ist gleichzeitig ein Stellvertreter zu wählen. Die Mitglieder des Ausschusses dürfen nicht Kandidaten, sollen aber wählbar sein.

G a y k  
Oberbürgermeister



Kiel, den 28. Juli 1948

Drucksache 249

Betrifft: Bewirtschaftungsplan für Baumittel.

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Genehmigung der anliegenden Bewirtschaftspläne

- a) Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden (Anl.A)
- b) Mittel für bauliche Maßnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt außer Kriegsschädenbeseitigung (Anlage B)

Begründung

Durch die Währungsreform ist dem bisherigen auf Reichsmark abgestellten Haushaltsplan die finanzielle Grundlage entzogen worden. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit zu weitgehenden Sparmaßnahmen. Der in Aussicht genommene neue Haushaltsplan tritt voraussichtlich erst im Oktober d.Js. in Kraft. Zur Anpassung der dringend durchzuführenden Baumaßnahmen an die neuen Verhältnisse ist es erforderlich, Bewirtschaftspläne über die Mittel aufzustellen, die im Rahmen des neuen Haushaltsplanes verfügbar sein werden.

a) Kriegsschädenbeseitigung

Die Aufwendungen für die Beseitigung von Kriegsschäden wurden bisher nach Abzug der Einnahmen aus dem Verkauf der bei der Trümmerbeseitigung geborgenen Baustoffe zu 80 % von der Landesregierung erstattet. Nach Mitteilung des Stadtkämmerers ist zu erwarten, daß die Landesregierung ihren Zuschuß zwar auf 90 % erhöhen, dabei aber den Gesamtbetrag der Erstattung auf 7,2 Millionen DM begrenzen wird. Für die Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum Schluß des Rechnungsjahres ist mit einer Einnahme aus dem Verkauf von Baustoffen in Höhe von 300.000,-- DM zu rechnen. Es können somit 8,3 Millionen DM für die Beseitigung von Kriegsschäden veranschlagt werden, die - entsprechend der bisherigen Aufschlüsselung zwischen Baudezernat und Stadtwerken - mit 6,3 Millionen DM für die vom Baudezernat durchzuführenden Auf-

gaben und mit 2 Millionen DM den Stadtwerken zur Verfügung stehen. Diese 6,3 Millionen DM sind wie folgt aufgeteilt worden:

I. <u>Trümmerbeseitigung</u>		2.420.000,-- DM
II. Hochbauten		
1) Allgemein Verwaltung	222.600 DM	
2) Schulwesen, Gemeinschafts- und Kulturpflege, Fürsorgewesen	400,108 DM	
3) Gesundheitswesen, Volks- und Jugendpflege	316.100 DM	
4) Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Unternehmen	<u>670.100 DM</u>	1.608.908,-- DM
III. Tiefbauten		
1) Straßenbau	540,000 DM	
2) Gartenwesen	116.000 DM	
3) Stadtentwässerung	75.000 DM	
4) Hafen- und Bahnbau	<u>662.000 DM</u>	1.393.000,-- DM
IV. Grundstücksamt		
1) Gewerbliche Bauvorhaben	25.000 DM	
2) Wohnbauten	<u>862.200 DM</u>	<u>887.200,-- DM</u>
Nähere Einzelheiten sind aus der Anlage A zu ersehen.		<u>6.309.108,-- DM</u>

b) Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt

Mit einem Rückgang der laufenden Einnahmen im ordentlichen Haushalt muß gerechnet werden. Infolge Verlustes aller städtischen Kassenbestände und des Verbotes der Aufnahme von langfristigen Krediten stehen Finanzierungsmittel für den außerordentlichen Haushalt nicht zur Verfügung. Die bereits in Angriff genommenen und noch dringend durchzuführenden außerordentlichen Maßnahmen müssen in den neuen ordentlichen Haushaltsplan einbezogen werden. Der Stadtkämmerer hat den für die vom Baudezernat zu erfüllenden Aufgaben möglichen Betrag auf ca 1.220.000 DM beziffert. Es ist vorgesehen, diesen Betrag wie folgt zu verwenden:

I. Hochbauten		
1) Allgemeine Verwaltung	14.000 DM	
2) Schulwesen, Gemeinschafts-u. Kulturpflege, Fürsorgewesen	165.685 DM	
3) Gesundheitswesen, Volks-u. Jugendpflege	28.285 DM	
4) Hochbauwesen	10.000 DM	
5) Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Unternehmen	<u>347.232 DM</u>	<u>565.212,-- DM</u>
II. Tiefbauten		
1) Straßenbau	375.300 DM	
2) Gartenwesen	-	
3) Stadtentwässerung	165.300 DM	
4) Hagen- und Bahnbau	<u>104.230 DM</u>	644.830,-- DM
III. Grundstücksamt		<u>13.100,-- DM</u>
		<u>1.223.142,-- DM</u>

Die



Die Einzelansätze sind aus der Anlage B ersichtlich.

Um dem Baudezernat eine Grundlage für die Weiterarbeit nach der Währungsreform zu geben, war eine Festsetzung der Bewirtschaftungspläne durch den Oberbürgermeister in Gemeinschaft mit einem weiteren Ratsherrn auf Grund des § 54 I DGO erforderlich. Soweit sich inzwischen Änderungen als erforderlich erwiesen haben, sind sie in den vorgelegten Plänen enthalten.

Wüstenberg  
Ratsherr

Dezernat für Stadtplanung  
und Bauwesen

Anlage A

Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden.

Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichn.	Neuer Ansatz DM	Haushalts- plan 1948 einschl. Reste RM
<u>I. Trümmerbeseitigung</u>			
671			
602-631	Verwaltungskosten	181.200,-	228.804,-
u.			
640-86			
6370	Großräumung	1.100.000,-	5.670.000,-
6371	Handräumung u. Baustoffe bergg.	598.800,-	2.600.000,-
6372	Abbrüche	170.000,-	450.000,-
6373	Schuttabfuhrkdo.	100.000,-	250.000,-
6374	Ehrenamtl. Räumdienst	50.000,-	240.000,-
6375	Eisen- und Schrottbergung	170.000,-	385.000,-
6376	Beseitigung der Bunker u. Feuerlöschteiche	50.000,-	150.000,-
		<u>2.420.000,-</u>	<u>10.013.804,-</u>
<u>II. Hochbauten</u>			
1) <u>Allgemeine Verwaltung</u>			
673			
9801 (0010)	Rathaus, II. Bau- abschnitt	<del>151.000,-</del> 151.000,-	200.000,-
9802 (0010)	Gemeindezentrale für Stadtteil Gaarden (Ehem. Schulgebäude Karls- tal), II. Bauabschn.	<del>55.000,-</del> 55.000,-	66.000,-
678			
9824 (0010)	Ersatz der Heizkesselan- lage u. Aufstellg. neuer Wärmeaustauscher im Rat- haus	16.600,-	112.000,-
		<u>222.600,-</u>	<u>378.000,-</u>

2) Schulwesen, Kultur- und Gemeinschaftspflege

673

97011	(21)	R.V. Verglasung und Winterfestmachung von Volksschulen	8	8.836,--
9803	(21)	Verglasung, Winterfestmachung und Erledigung bauaufsichtsamlicher Auflagen an Volksschulen	15.400,-	23.000,--
9804	(21)	Schule Dorfstr. 6 in Elmschenhagen II. Bauabschn.	2.500,-	8.000,--
9805	(21)	Schule Sonderb. Platz	500,-	4.500,--
9806	(21)	Schule Hardenbergstr. 9-11 I. u. II. Bauabschnitt	55.000,-	50.000,--
9807	(21)	Schule Rendsb. Landstr. 115-117 I. Bauabschnitt	15.000,-	32.000,--
9808	(21)	Schule Sternstraße 29-31 II. Bauabschnitt	20.000,-	40.000,--
9809	(21)	Schulmuseum, Schulbücherei, Stadtschulbildstelle, Kleiner Kuhberg 14 und Waisenhofstraße 3 I. Bauabschnitt	--	4.000,--
9810	(21)	Schule Fritz-Reuter-Str. Nr. 87-83	7.000,-	7.000,--
9811	(21)	Schule Wiener Allee in Elmschenhagen, I. u. II. Bauabschnitt	74.800,-	70.000,--
9812	(21)	Schule Boksberg 26, I. Bauabschnitt	16.000,-	26.000,--
9813	(21)	Schule Große Ziegelstr., II. Bauabschnitt	15.000,-	69.500,--
9814	(21)	Schule Rendsburger Land-Str. 73	--	1.500,--
9815	(21)	Schule Speckenbeker Weg, Stadtteil Hammer, I. Bauabschnitt	11.300,--	13.000,--
9816	(21)	Schule Schönkirchener Str. 48, Teilinstandsetzungen	7.000,-	17.000,--
9817	(21)	Turnhalle Turnstr. (Sicherungsmaßnahmen gegen weiteren Verfall)	700,--	8.000,--
9818	(21)	Schulbaracke Dorfstraße 6	--	3.000,--
9819	(21)	Schule Gerhardstraße 8-12, II. Bauabschnitt	5.000,-	35.000,--
9820	(21)	Schule Richthofenstr. 14, Holtenau	4.000,-	5.000,--
9821	(22)	Verglasung, Winterfestm. u. Erledigung bauaufsichtsamlicher Auflagen an Mittelschulen	5.800,-	4.300,--
9822	(22)	Schule an der Schanze	--	3.000,--
9823	(22)	Schule Poststraße	--	2.000,--
9824	(22)	Schule Winterbeker Weg 45	8.000,-	17.600,--
9825	(22)	Turnhalle Schule Winterbeker Weg 45	3.000,-	14.700,--
9826	(22)	Schule Iltisstraße 30-82, II. Bauabschnitt	5.200,-	25.000,--

9827 (22)



9827 (22)	Schule Gartenstraße 22 und Legienstr. 23, I. Bauabschnitt	45.500	56.000
9828 (22)	Schule Muhliusstraße 31, II. Bauabschnitt	1.500	20.000
9829 (23)	Verglasung, Winterfestmachung und Erledigung bauaufsichtlicher Auflagen an Oberschulen	4.100	3.300
9830 (23)	Max-Planck-Schule, Hohann-Meyer-Str. 2 - 4, I. Bauabschnitt	15.600	47.000
9831 (23)	Käthe-Kollwitz-Schule, Paul-Flemming-Str., II. Bauabschnitt	6.000	50.000
9832 (23)	Ricarda-Hüch-Schule am Ravensberg, II. Bauabschnitt	16.000	36.000
9833 (23)	Humboldtschule, Knooper Weg Nr. 63-71, I. Bauabschnitt	6.000	7.000
9834 (240)	Handwerk- und Industrie-Berufsschule	20.700	50.000
9835 (253)	Staatliche Ingenieur-Schule, Legienstr. 38, II. Bauabschnitt	3.000	40.000
9836 (3200)	Instandsetzung der Räume im alten Stadttheater	10.500	15.000
		<u>400.108</u>	<u>816.936</u>

### 3) Gesundheitswesen, Volks- und Jugendpflege

#### Gesundheitsamt

9837 (50)	Fertigstellung einer Massivbaracke auf dem Gelände der Städtischen Krankenanstalt	4.000	10.000
<u>Städt. Anstalt f. Desinfektion und Schädlingsbekämpfung</u>			
9838 (522)	Wiederaufbau der Garage mit Dienstwohnung	---	22.000
9839 (252)	Restarbeiten (Nahrungsmitteluntersuchungsamt)	20.000	25.000
<u>Städt. Krankenanstalt</u>			
9840 (5260)	Kochhaus II. Bauabschnitt	80.000	80.000
9841 (5260)	Haus V. II. Bauabschnitt	94.000	100.100
9842 (5260)	Restarbeiten I. Bauabschn.	27.600	45.000
9843 (5260)	Aufräumung, Transport, behelfsmäßige Garagen, Einfriedigungen u. sonst. Nebenarbeiten	22.600	50.000
9844 (5520)	Seebad Düsternbrook, I. Bauabschnitt	47.300	82.500
9845 (5522)	Stadtbad Vossenpott, I. Bauabschnitt	4.000	6.100
9846 (570)	Jugendheim Jettkorn 5	16.600	8.000
		<u>316.100</u>	<u>428.700</u>

### 4) Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung

#### Straßenreinigung

9847 (7101)	Eckernförder Allee 84, II. Bauabschnitt	9.900	50.000
9848 (7101)	Preetzer Chaussee 30 b, I. Bauabschnitt	500	6.000
			<u>9849 (7101)</u>

9849	(7101)	Schönberger Straße 85, I. Bauabschnitt	---	80.000
9850	(7101)	Hansastraße, I. Bauabschn.	---	30.000
9851	(7101)	Hasseer Straße 78, I. Bau- abschnitt	4.500	4.500
9852	(7101)	Bäckergang 5, I. Bauabschn.	500	1.200
9802	(7103)	R.V. Bedürfnisanstalten	4.100	5.343
9853	(7103)	Wilhelmplatz	7.000	14.800
9854	(7103)	Am Wall (Seegarten)	10.000	25.000
9855	(7103)	Gablensbrücke	---	4.800
9856	(7103)	An der Fähre (Holtenau)	1.000	2.900
9857	(7103)	Am Rathausplatz	3.000	3.000
9858	(7103)	Belvedere	---	8.200
9703	(7110)	R.V. Wiederaufbau Schlachthof	44.400	63.000
9859	(7110)	Schlachthof, II. Bauabschn.	30.900	180.000
9860	(7111)	Viehhof, II. Bauabschnitt	---	7.000
9704	(7112)	R.V. Wiederaufbau Seegrenz- schlachthof	6.900	6.975
9861	(7112)	Seegrenzschlachthof, II. Bauabschnitt	61.700	10.000
9862	(7113)	Kühl- und Gefrierhaus, II. Bauabschnitt	12.200	31.800
<u>Marktwesen</u>				
9863	(7114)	Instandsetzung des Markt- Hauses Vinetaplatz	200	2.700
<u>Feuerlösch- und Rettungswesen</u>				
9865	(712)	Hauptfeuerwache Martensdamm	500	39.000
9866	(712)	Feuerwache Nord, Wrangelstr.	2.000	30.000
9867	(712)	Spritzenhaus Rendsburger Land- straße	300	3.000
9868	(712)	Spritzenhaus Dorfstraße, Elm- schenhagen	---	3.000
<u>Warmbadeanstalten</u>				
9870	(713)	Volksbad Knooper Weg	1.500	3.550
9871	(713)	Volksbad Kastanienallee 3	1.000	2.500
9872	(713)	Volksbad Wikinger Straße 6	14.000	107.000
9873	(713)	Volksbad Turnstraße	6.000	14.100
9705	(7140)	R.V. Bürobaracke Freilig- rathstraße 4	3.000	6.000
9874	(7140)	Instandsetzung des Pferde- stalles und der Unterkunft Altenteichstraße 21	---	5.000
9875	(7140)	Einrichten von 11 Arbeitsbuden	---	10.000
9876	(7140)	Instandsetzung der Gewächs- häuser Hof Hammer, I. Bauab- schnitt	6.000	6.000
9877	(715)	Feuerbestattung einschl. der beiden Wohnhäuser, I. Bauab- schnitt	1.000	5.500
9879	(715)	Neubau einer Geschäftszimmerba- racke auf dem Ostfriedhof	---	15.000
<u>674</u>				
981	(920)	Schweinemastanlage Grasweg	4.000	4.000
983	(921)	Versammlungshaus Volkspark	8.500	80.000

Wohnhäuser



Wohnhäuser

984 (253)	Direktorwohnhäuser Knooper Weg 54-56, I. Bauabschnitt, Fortsetzung	8.000	18.000
985 (551)	Wiederinstandsetzung des Wohn- hauses auf d. Nordmarksport- feld an der Eckernförder Chaussee 4, I. Bauabschnitt	3.500	3.500
986 (7101)	Grasweg 11 und 15, I. Bauabschn.	1.000	12.000
987 (7140)	Herrichten des Obergärtner- wohnhauses, Niemannsweg 205	500	6.000
988 (7140)	Wiederherrichtung des Wohnge- bäudes Freiligrathstraße 4	---	9.000
9810 (921)	Herrichtung von Bauarbeiter- baracken	1.000	80.000

677Hafen- und Verkehrsbetriebe

987 (84)	Lokomotivschuppen Kleinbahn Suchsdorf-Wik	2.000	8.000
988 (84)	Schuppen Ost, I. Bauabschn.	18.000	36.500
989 (Silogebäude (Altbau), I. Bauabschn.	69.000	70.000	
9810 (84)	Zollschuppen H.	3.000	15.000
9811 (84)	<del>Zolldienstgebäude, Uferstraße</del> Zollniederlage Wall 57, Erst- instandsetzung	11.000	20.000
9812 (84)	Zolldienstgebäude, Uferstraße Nr. 6, Restarbeiten	700	3.000
9813 (84)	Fischhalle, Wall 65, II. Bau- abschnitt	10.300	30.000
9815 (84)	Städtische Waage	200	1.200

Gut Seekamp

9816 (860)	Gebäude, II. Bauabschnitt	7.000	14.000
------------	---------------------------	-------	--------

Landwirtschaftliche Gewese

9817 (861)	Giebelinstandsetzung Kollhorst	500	4.000
------------	--------------------------------	-----	-------

Industriegrundstücke

9818 (862)	Errichtung von Industrieba- racken	---	100.000
------------	---------------------------------------	-----	---------

Stadtplanung und Bauwesen678

9825 (61)	Wiederbeschaffung einer Licht- pausmaschine einschl. Ersatz- spiegel	---	3.000
-----------	--	-----	-------

Öffentliche Einrichtungen

9826 (7101)	Straßenreinigung: Wiederin- standsetzung eines Benzin- abscheiders	---	27.000
9827 (7101)	Straßenreinigung: Radmaschine, Kreissäge und Fräse mit Motor, 3 Spezialanhänger	---	5.000
9828 (7102)	Müllabfuhr: Mülltonnenwasch- maschine mit Motor	---	1.000
9829 (7140)	Gartenbauabteilung: Einbau einer Transmissionsanlage in der Frei- ligrathstraße 4	---	1.200

Wirtschaftliche Unternehmen

Wirtschaftliche Unternehmen

9835 (85)	Hafen- und Verkehrsbetriebe: Silo Nordhafen	210.800	344.800
9836 (84)	Hafen- und Verkehrsbetriebe: Fährschiffe	---	12.000
9837 (84)	Hafen- und Verkehrsbetriebe: Instandsetzung der Heizlokomotive an der Nordostseehalle	---	2.500
9838 (860)	Gut Seekamp: Beschaffung einer Torfpresse mit Elektromotor und Kabelanschluß	---	3.500
		<u>670.100</u>	<u>1.701.368</u>

III. Tiefbauten

675	<u>Straßenbau</u>		
982 (660)	Herrichtung der Fahrbahnen und Bürgersteige in wichtigen Verkehrsstraßen	90.000	300.000
983 (660)	Wiederherstellung der Straßenbefestigungen	450.000	1.200.000
		<u>540.000</u>	<u>1.500.000</u>

Stadtgartenwesen

981 (551)	Spielplätze	---	10.000
984 (7140)	Wiederherstellung der Gewächshäuser I. Rate	---	75.000
985 (7140)	Grünanlagen	35.000	35.000
	Durchgrünung der Stadt	35.000	35.000
	Möllingsruh	46.000	76.000
	Volkspark	---	150.000
	Schrevenpark	---	20.000
	Düvelsbeker Gehölz	---	28.200
	Friedhöfe	---	---
		<u>116.000</u>	<u>449.200</u>

676 Städtentwässerung

981 (7104)	Beseitigung von Kriegsschäden an den Kanalisationsanlagen	75.000	160.000
		<u>75.000</u>	<u>160.000</u>

677 Hafen- und Bahnbau

9821 (84)	Kaianlagen und Brücken	662.000	902.422
		<u>662.000</u>	<u>902.422</u>

IV. Grundstücksamt

674			
982 (921)	Gewerbliche Bauvorhaben einschl. Neues Stadttheater	25.000	117.000
989 (921)	Miethäuser des Hausverwaltungsamtes	862.200	2.133.400
		<u>887.200</u>	<u>2.250.400</u>

Wiederholung



# Wiederholung

---

	Neuer Ansatz DM	Haushalts- plan 1948 einschl. Reste RM
I. Trümmerbeseitigung	2.420.000	10.013.804
II. Hochbauten	DM      RM	
1) Allg. Verw.	222.600	378.000
2) Schulwes. usw.	400.108	816.936
3) Gesu. wes. usw.	316.100	428.700
4) Öff. Einr. u. Wirtschafts- Förderung	670.100	1.701.368
	1.608.908	3.325.004
III. Tiefbauten		
1) Straßen- bau	540.000	1.500.000
2) Gartenwes.	116.000	449.200
3) Stadtent- wässerg.	75.000	160.000
4) Hafen- u. Bahnbau	662.000	902.422
	1.393.000	3.011.622
IV. Grundstücksamt		
1) Gewerbl. Bauvorhb.	25.000	117.000
2) Wohnbaut.	862.200	2.133.400
	887.200	2.250.400
Zus.:	6.309.108	18.600.830

---

Anlage B.

Mittel für bauliche Maßnahmen im ordentlichen und außer-  
ordentlichen Haushalt - außer Kriegsschädenbeseitigung -  
- - - - -

Nr.	Haushaltsstelle Namentliche Bezeichn.	Neuer Ansatz DM	Haushalts- plan 1948 einschl. Reste RM
<u>I. Hochbauten einschl. Maschinenwesen</u>			
<u>1) Allgemeine Verwaltung</u>			
0010/800	Unterhaltung der Gebäude	2.000	24.000
0010/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	2.400	2.800
0010/905	R.V. Ein- u. Ausbau von Fernsprechanlagen einschl. Transp.	---	5.805
0010/971	R.V. Ankauf u. Umbau einer Baracke zur Unterbringung städt. Dienststellen in Neumühlen-Dietrichsdorf	500	666
0010/972	R.V. Ankauf und Aufbau einer Verwaltungsbaracke in Elmsenhagen	8.000	8.300
0220/904	R.V. Kosten f. d. Aufbau einer Wohnbaracke zur Unterbringung des Einwohnermeldeamtes	---	1.802
0221/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	350	700
023/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	200	400
025/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	550	800
V005/122	Errichtung einer Kraftwagenstelle zwischen Haßstr. und Klosterkirchhof	---	120.000
		14.000	171.273
<u>2) Schulwesen, Gemeinschaftspflege und Kulturpflege einschl. Fürsorge-</u> <u>wesen</u>			
21/800	Unterhaltung der Gebäude	12.000	16.000
21/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	2.000	9.000
21/901	Herrichtung des Fahrradraumes der Schule Speckenbeker Weg als Unterrichtsraum	---	2.000
21/902	Instandsetzung des Schulhofes Schule Speckenbeker Weg	700	3.000
21/903	Instandsetzung der Fußbodenflächen in der Schule Diedrichstraße 2	2.400	4.800



21/904	R.V. Herrichtung eines Klassenraumes im Volksschulgebäude Speckenbeker Weg	1.500	2.000
22/800	Unterhaltung der Gebäude	500	4.000
22/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.300	3.700
23/800	Unterhaltung der Gebäude	500	3.200
23/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.500	3.000
23/901	Herrichtung der Kaserne 7 Wik für die Hebbelschule	2.000	85.000
240/800	Unterhaltung der Gebäude	900	1.800
240/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	570	800
241/800	Unterhaltung der Gebäude	300	500
241/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	330	450
241/901	Instandsetzung und Herrichtung der Kaserne 9 für Schulzwecke	---	27.000
241/902	R.V. Instandsetzung und Herrichtung der Kaserne 9 für Schulzwecke	31.000	43.100 <del>0</del>
242/800	Unterhaltung der Gebäude	200	500
242/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	310	450
243/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.025	1.500
243/901	Instandsetzung der Lehrlingswerkstatt Kiel-Gaarden	---	42.000
243/902	R.V. Instandsetzung der Lehrlingswerkstatt Kiel Gaarden	16.000	25.104
250/800	Unterhaltung der Gebäude	200	500
250/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	350	500
2510/800	Unterhaltung der Gebäude	200	1.000
2510/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	500	800
2510/901	Herrichtung Herthastraße 7 - 9 für Schulzwecke	5.000	15.000
2510/902	R.V. Landesschule für Handwerk und angewandte Kunst	10.000	26.142
2511/800	Unterhaltung der Gebäude	---	300
2511/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	250	400
2511/901	Herrichtung Herthastraße 7-9 für Schulzwecke	3.000	4.000
252/800	Unterhaltung der Gebäude	500	1.500
252/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	650	1.000
252/901	Herrichtung Arkonastraße 1 für Schulzwecke	7.000	30.000
253/800	Unterhaltung der Gebäude	200	1.000
253/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	600	500
3200/800	Unterhaltung der Gebäude	2.000	7.200 <del>0</del>
3200/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	2.550	3.700
3200/901	Beschaffung und Einbau einer erweiterten Bühnenbeleuchtungsanlage im Gewerkschaftshaus	5.000	---
3200/903	R.V. Umbau der Bühne und Garderobe des Gewerkschaftshauses	3.500	3.839

3200/972

3200/971	Beschaffung und Einbau einer erweiterten Bühnenbeleuchtungsanlage im Gewerkschaftshaus	13.000	---
3200/972	R.V. Beschaffung einer Bühnenbeleuchtungsanlage f.d. Gewerkschaftshaus	---	2.048
401/800	Unterhaltung der Gebäude	---	100
401/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	250	400
450/800	Unterhaltung der Gebäude	450	1.450
450/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	350	400
450/901	Herrichtung von 3 Baracken zu Flüchtlingskindergärten und Inventarbeschaffung	---	33.000
4510/800	Unterhaltung der Gebäude	---	500
4510/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	250	400
4510/901	Beschaffung eines Kochkessels	---	1.000
4510/800	Unterhaltung der Gebäude	---	150
4511/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	70	98
452/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	600	
453/800	Unterhaltung der Gebäude	28.000	100.000
453/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	9.000	21.000
453/903	Herrichtung und Ausbau der Flüchtlingslager und Unterkünfte für Flüchtlinge und Luftkriegsbetroffene sowie für Bauarbeiterheime	3.000	200.000
454/800	Unterhaltung der Gebäude	---	300
470/800	Unterhaltung der Gebäude	---	2.000
470/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	900	1.300
4710/800	Unterhaltung der Gebäude	---	1.000
4710/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	380	400
4710/901	Instandsetzung der Wasch- und Ta- gesräume	500	2.000
4711/800	Unterhaltung der Gebäude	500	2.100
4711/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	380	400
4711/901	Instandsetzung der Wasch- und Ta- gesräume	200	2.000
4711/972	R.V. Einrichtung des Kinderheimes Hof Hammer	700	805
4712/800	Unterhaltung der Gebäude	---	450
4712/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	570	600
4712/973	R.V. Ausbau und Umbau des Jugendwohnheimes Hof Hammer	700	7.980
4713/800	Unterhaltung der Gebäude	100	200
4713/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	250	300
472/800	Unterhaltung der Gebäude	---	500
472/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	---	390
473/800	Unterhaltung der Gebäude	---	250

473/801



473/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	---	200
V453/120	Unterkünfte für Bauarbeiter	---	100.000
V470/120	Ankauf und Herrichtung von 3 Großbaracken einschl. Beschaffung von Inventar (Kinderheim)	---	63.000
V4712/120	Aufbau der Küchenanlage Hof Hammer	---	12.000
V472/120	Herrichtung eines Lehrlingswohnheimes Hof Hammer	---	60.300
V473/120	Herrichtung eines Gemeinschaftsgebäudes im Jugendhof Hof Hammer	---	80.000
		165.685	1.075.306

### 3) Gesundheitswesen, Volks- und Jugendpflege

50/800	Unterhaltung der Gebäude	300	500
50/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	320	500
5200/800	Unterhaltung der Gebäude	---	800
5200/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	450	500
5200/901	Einrichtung einer Säuglingsfürsorgestelle i.d. Scheerkaserne	---	5.300
5201/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	530
5201/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	345	500
5201/904	R.V. Ausbau des Erdgeschosses, Haus I. der Städtischen Krankenanstalt (Tbc. Hauptfürsorge)	3.400	8.739
5210/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	3.500
5210/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	1.500	800
5211/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	6.000
5211/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	590	800
5211/901	Umbau des Heizungsschornsteines	1.000	2.150
5211/971	Beschaffung von Personalunterkünften im Dachgeschoß	---	21150
5212/800	Unterhaltung der Gebäude	200	700
5212/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	80	200
522/800	Unterhaltung der Gebäude	---	2.450
522/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	1.080	1.650
523/800	Unterhaltung der Gebäude	150	150
523/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	60	125
5260/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	18.000
5260/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	2.000	7.500
5260/902	R.V. Ausbau und Einbau eines Notstromaggregators	300	8.633
5261/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	4.000
5261/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	650	800
5262/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	7.000
5262/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	950	1.500
5263/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	5.000

5263/801

5263/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	690	1.000
5264/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	3.500
5264/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	840	1.200
551/800	Unterhaltung der Gebäude	---	1.500
551/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	70	150
5520/800	Unterhaltung der Gebäude	150	200
5521/800	Unterhaltung der Gebäude	300	400
5521/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	100	300
5521/901	Instandsetzung des Motorbodens	1.100	2.500
5522/800	Unterhaltung des Gebäudes	250	500
5522/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	220	350
5522/901	Herstellen einer behelfsmäßigen Neuanlage a.d. Schwefelne	700	1.500
5522/971	R.V. Einrichtung einer Behelfswohnung im Stadtbad Vossenpott	1.000	3.729
5523/800	Unterhaltung der Gebäude	---	400
533/800	Unterhaltung der Gebäude	800	1.000
570/800	Unterhaltung der Gebäude	200	800
570/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	390	780
571/800	Unterhaltung der Gebäude	---	1.000
571/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	100	200
V5523/120	Neubau eines Kassenhäuschens im Sanitätsraum Bad Hammer	---	6.100
V5523/121	Neubau eines Abortgebäudes	---	6.900
V570/120	Ankauf und Herrichtung von 3 Grobbaracken einschl. Beschaffung von Inventar.	---	50.000
		<b>28.285</b>	<b>173.906</b>

#### 4) Hochbauwesen

650/902	Umschulungskosten	---	50.000
650/901	Erprobung von zeitgemäßen Bauweisen	10.000	20.000
		<b>10.000</b>	<b>70.000</b>

#### 5) Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Unternehmen

660/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	350	460
7101/800	Unterhaltung der Gebäude	500	2.500
7101/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	500	800
7102/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	---	200
7103/800	Unterhaltung der Gebäude	800	3.000
7103/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtenanlagen	120	200
7104/800	Unterhaltung der Gebäude	200	3.200

7104/801



7104/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.900	4.000
7110/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	5.000
7110/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	2.000	7.000
7110/941	Beschaffung eines Elektrokarrens	---	5.000
7111/800	Unterhaltung der Gebäude	500	1.500
7111/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	800	1.600
7112/800	Unterhaltung der Gebäude	1.000	2.000
7112/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.000	3.000
7113/800	Unterhaltung der Gebäude	500	1.500
7113/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	2.000	6.200
7113/941	Beschaffung von 4 Transportkarren	---	3.500
7113/971	Beschaffung einer transportablen Wäge	---	2.000
7114/800	Unterhaltung der Gebäude	---	100
7114/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	10	30
712/800	Unterhaltung der Gebäude	500	3.200
712/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	880	1.660
713/800	Unterhaltung der Gebäude	500	3.500
713/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.450	1.450
7140/800	Unterhaltung der Gebäude	1.800	2.450
7140/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	870	1.350
7141/800	Unterhaltung der Gebäude	---	50
7141/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	20	50
715/800	Unterhaltung der Gebäude	200	1.200
715/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	1.560	2.100
716/800	Unterhaltung der Gebäude	---	100
718/800	Unterhaltung der Gebäude	100	500
718/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	370	600
830/600	Unterhaltung der Gebäude	200	500
830/601	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	24.533	22.100
831/600	Unterhaltung der Gebäude	300	800
841/600	Unterhaltung der Gebäude	1.400	10.000
841/601	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	17.980	37.400
842/600	Unterhaltung der Gebäude	100	100
842/601	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	170	800
843/6010	Unterhaltung der maschinellen Anlagen,	---	2.000
850/801	der Heizungs- und Lichtanlagen	---	2.000
851/800	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	500	1.600
851/601	Unterhaltung der Gebäude	100	250
860/800	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	---	2.500
860/801	Unterhaltung der Gebäude	1.000	4.000
861/800	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	370	550
861/801	Unterhaltung der Gebäude	500	1.760

862/801

862/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	150	450
864/800	Unterhaltung der Gebäude	100	400
890/600	Unterhaltung der Gebäude	150	250
89/601	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	120	180
921/801	Unterhaltung der maschinellen Heizungs- und Lichtanlagen	900	2.750
921/901	Ausbau der Eichhofkaserne, Block III.	---	30.700
921/902	R.V. Ausbau der Eichhofkaserne, Block III.	2.000	47.848
V7103/120	Neubau einer Bedürfnisanstalt in Wellingdorf	---	30.000
V7103/121	Neubau einer Bedürfnisanstalt im Volkspark Ellerbek	---	40.000
Fpl. 831/121	Bau eines Abfertigungsgebäudes	---	15.000
122	Ankauf einer Diesellokomotive	---	150.000
Fpl. 841/120	Wasser und Kohlen	3.000	3.000
Fpl. 841/120	R.V. Verlängerung der Bandstr. im Silo, II. Rate	2.319	20.000
Fpl. 841/122	Ankauf von 3 Stck. 5 t-Kräne, II. Rate	170.000	200.000
Fpl. 841/121	Ankauf von 4 Marinekränen und Herrichtung eines Kranes	60.000	69.000
Fpl. 841/127	Ankauf von 3 Stck. 3 t Kräne	---	500.000
Fpl. 842/120	Ausbau der Auktionshalle für Hochseefischmarkt	39.920	200.000
		347.242	1.464.938

## II. Tiefbauten

### 1) Straßenbau

660/8040	Unterhaltung der Straßen	150.000	250.000
864/901	Abschlußarbeiten in der alten Kiesgrube	2.900	3.000
864/902	R.V. Einrichtung einer neuen Kiesgrube	5.400	5.398
V660/123	R.V. Wendeplätze	1.000	101053
V660/125	R.V. Verbreiterung der Preetzer-Chaussee	30.000	124.953
V660/126	R.V. Straßenausbau Elmschenhagen - Ost	---	3.973
V660/127	R.V. Straßenausbau Achterkamp	20.000	190.000
V660/128	Befestigung der Anschüttung Wasserallee	---	60.000
V660/129	desgleichen Reventloubucht	---	80.000
V660/130	Umgestaltung von Straßen zur Verbesserung des Verkehrs	100.000	30.700
V660/132	Verstärkte Straßenunterhaltung	66.000	100.000
V660/1701	R.V. Ausbau des Tröndelweges	---	5.500
V660/171	R.V. Ausbau der Straßen Elmschenhagen Nord	---	51.000
V660/177	R.V. Desgleichen Elmschenhagen Süd	---	25.000
		375.300	939.577

### 2) Gartenwesen



## 2) Gartenbasen

7140/901	Entschlammern der Teiche (Schützenpark u. Ivensring)	---	10.000
		---	10.000
		=====	

## 3) Stadtentwässerung

7104/803-5	Unterhaltung	32.000	65.000
7104/904	R.V. Bau eines Sandfanges am Steggraben	3.000	3.000
V7104/120	R.V. Bauwerk zur Durchführung d. Kanalisationsauslaufes Reventloubücke	---	100.000
V7104/122	R.V. Kläranlage Hasselrade	3.000	7.195
V7104/123	R.V. Schmutzwasserkanal Mühlen- bach	---	20.000
V7104/124	R.V. Schmutzwasserkanal Hasseer Str.	11.000	26.000
V7104/126	R.V. Kanalisation der Mühleinau	---	5.000
V7104/127	R.V. Ausbaggerung des Wellsees I. Abschnitt	---	5.000
V7104/128	R.V. Schmutzwasserkanalisation Achterkamp	25.000	44.000
V7104/129	R.V. Regenwasserkanalisation Achterkamp	36.000	54.000
V7104/131	Bau von Garagen	---	8.500
V7104/132	Schmutzwassersammler Bahn- hofstraße	---	462.000
V7104/133	Regulierung des Moorwiesengrabens	---	37.000
V7104/134	Schmutzwassersammler Spichern- straße	---	31.000
V7104/135	desgleichen Grasweg	---	67.000
V7104/136	R.V. Schmutzwasserkanal u. Klär- anlage Elmschenhagen-Ost	---	1.000
V7104/137	Schmutzwassersammler Karlstal	---	60.000
V7104/138	R.V. Entlastungskanal Schütten- redder	---	148.166
V7104/141	R.V. Schmutzwasserkanalisation Elmschen- hagen-Nord	6.300	6.313
V7104/142	Regenwasserkanal Baumweg	---	10.000
V7104/1431	R.V. Schmutzwasserkanal Elm- schenhagen-Süd	9.000	8.712
V7104/145	Beschaffung von 2 Kreiselpumpen	40.000	100.000
V7104/150	Regulierung der Strucksdiels- und Hasseldielsau	---	124.023
		165.300	1.402.909
		=====	

## 4) Hafen- und Bahnbau

863/840	Unterhaltung der Anschluß- gleise	6.500	8.500
7110/804	Unterhaltung der Gleisanlage Schlachthof	1.000	2.700
7111/804	Unterhaltung der Gleisanlagen Vieh Hof	1.000	3.000
830/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen Kleinbahn Suchsdorf-Wik	8.800	28.000

830/6031

830/6031	Ersatzbeschaffungen	100	1.400
831/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen der Anschlußbahn Neuwittenbek-Vossbrook	9.000	74.000
		500	3.000
831/6031	Ersatzbeschaffungen		
841/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen im Hafentr. betr.	44.000	63.000
842/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen, Fischereieinrichtungen	1.400	4.500
844/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen, Segelsportanlagen	5.550	7.550
851/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen, Nordostseehalle	500	1.000
890/602	Unterhaltung der tiefbautechnischen Anlagen, Wägerei	200	1.100
Fpl. 830/120	Herstellung eines 2. Durchgangsgleises im Nordhafen	5.600	6.400
841/128	Bau einer Anlegebrücke in Falckenstein	---	65.000
841/130	Befestigung der Kaiflächen im Nordhafen	15.000	28.500
842/1201	Hochseefischmarkt	5.080	
		<u>104.230</u>	<u>297.650</u>

IV. Grundstücksamt

452/800	Bauliche Unterhaltung	4.000	17.800
452/901	Herrichtung v. 3300 qm Gelände b.d. Behelfsunterkunft Ellerbeker Weg z. Rückgabe	---	4.000
452/902	Bau v. 2. Müllgruben im Lager Hof Hammeru. 2 Abortgeb.	2.400	2.400
		500	3.100
850/800	Unterhaltung der Gebäude	-	4.000
862/800	Unterhaltung der Gebäude	6.200	29.600
921/800	Unterhaltung der Gebäude		
		<u>13.100</u>	<u>60.900</u>

Wiederholung

	Neuer Ansatz DM	Haushaltsplan 1948 einschl. Reste RM	Neuer Ansatz DM	Haushaltsplan 1948 einschl. Reste RM
<u>I. Hochbauten</u>				
1) Allgemeine Verwaltung	14.000	171.273		
2. Schulwesen, Gemeinsh.-u. Kulturpfl. einschl. Fürsorgewesen	165.685	1.075.306		
3) Gesundheitswesen, Volks-u. Jugendpflege	28.285	173.906		
4) Hochbauwesen	10.000	80.000		
5) Öffl. Einr., Wirtsch. Förd. u. wirtschaftl. Unternehmen	347.242	1.464.938	565.212	2.955.423
<u>II. Tiefbauten</u>				
1) Straßenbau	375.300	939.577		
2) Gartenwesen	---	10.000		
3) Stadtentwässerung	165.300	1.402.909	644.830	2.650.136
4) Hafen- u. Bahnbau	104.230	297.650		
<u>III. Grundstücksamt</u>	13.100	60.900	13.100	60.900
			<u>1.223.142</u>	<u>5.666.459</u>



Stadt Kiel  
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 30. Juli 1948.

Drucksache 251

Betrifft: Neuwahl der Schiedsmänner.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Wahl der Schiedsmänner nach dem beigefügten Vorschlag der Parteien.

Begründung

Die Durchführung der Schiedsmannsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1924 des Gesetzes vom 25. November 1926, vom 30. November 1927, vom 9. November 1927, Art. 7 und 21 b vom 14. März 1932 ist der Stadtkreis Kiel in 22 Bezirke eingeteilt.

Für jeden Bezirk ist ein Schiedsmann sowie ein Stellvertreter zu bestellen. Der Schiedsmann wird bei Sühneverhandlungen über streitige Rechtsangelegenheiten tätig.

Die Auswahl der Schiedsmänner erfolgte vor 1933 durch die Stadtverordnetenversammlung. Nach 1933 wurde das Wahlrecht in ein Vorschlagsrecht des Bürgermeisters umgewandelt. Das Wahlrecht wird nunmehr wieder eingeführt.

Auf Anordnung der Militärregierung ist eine Vorschlagsliste dem Herrn Landgerichtspräsidenten einzureichen. Die Bestätigung der vorgeschlagenen Schiedsmänner erfolgt durch die Militärbehörde bzw. dem Landgerichtspräsidenten. Die Wahl erfolgt auf 3 Jahre.

Die verwaltungsmäßigen Aufgaben sind durch die Stadtverwaltung zu übernehmen. Aus der Tätigkeit der Schiedsmänner fließen der Stadtverwaltung anteilige Gebühren zu, die sich nach der Zahl der erledigten Streitfälle richten, nach einer besonderen Gebührenordnung festgesetzt werden und im Voranschlag 1948 mit 250,--- DM veranschlagt worden sind. Die Verwaltungskosten werden durch die Gebühren gedeckt.

Die Schiedsmänner übernehmen zugleich die Aufgaben einer Schlichtungsstelle nach dem § 12 Abs. 4 des Gesetzes zur Behebung der Flüchtlingsnot. Entsprechend dem Wunsche des Flüchtlingsausschusses sind bei den von den Parteien gemachten Vorschlägen 7 Flüchtlinge mitberücksichtigt worden. Die politische Prüfung ist erfolgt.

Es wird beantragt, die in der Anlage von den Parteien vorgeschlagenen Schiedsmänner und Stellvertreter zu wählen.

Breitenstein  
Bürgermeister

## Verzeichnis

der von den Parteien vorgeschlagenen Schiedsmänner

- Bezirk: I** (Altstadt)  
Schiedsmann: Bruno Bialek, Gastwirt, Flämische Str. 18 CDU  
Stellvertreter: E. Birschhoff, Klosterkirchhof 31a SPD
- II** (Vorstadt)  
Schiedsmann: E. Thümmel, Sophienblatt 32/34 SPD  
Stellvertreter: Otto Petersen, Lerchenstr. 17 SPD
- III** (Exerzierplatz)  
Schiedsmann: Bruno Klebba, Jungfernstieg 22 Fl. SPD  
Stellvertreter: Berta Petersen, Eckernf. Straße 11a SPD
- IV** (Dampferhof)  
Schiedsmann: Heinrich Panitzki, Jägersberg 21a SPD  
Stellvertreter: Max Schulz, Fährstr. 26 SPD
- V** (Brunswik)  
Schiedsmann: Ludwig Köhler, Waitzstr. 37 SPD  
Stellvertreter: Wilhelm Beckmann, Jungmannstr. 66 SPD
- VI** (Düsternbrook)  
Schiedsmann: Fritz Ivers, Forstweg 20 CDU  
Stellvertreter: Otto Schlehenkamp, Forstweg 13 CDU
- VII** (Am Blücherplatz)  
Schiedsmann: R. Andresen, Feldstr. 65 CDU  
Stellvertreter: Heinrich Bauer, Gneisenastr. 27 CDU
- VIII** (Wick)  
4 Schiedsmann: Gertrud Brauer, Prinz-Heinrich Str. 14 Fl. CDU  
Stellvertreter: Hans Muschke, Hanssenstr. 3 SPD
- IX** (Ravensberg)  
Schiedsmann: Karl Zahn, Knooper Weg 111 CDU  
Stellvertreter: Albert Eckl, Bremerstr. 8 CDU
- X** (Schreventeich)  
Schiedsmann: Heinrich Flenker, Geibelplatz 9 CDU  
Stellvertr.: Erich Viergutz, Goethestr. 9 Fl. SPD



- Bezirk: XI.** (Am Südfriedhof)  
 Schiedsmann: Friedrich Krätzfeldt, Königsweg 109 CDU  
 Stellvertreter: Franz Hoppe, Melanhtonstr. 27 SPD
- XII.** (Gaarden Ost)  
 Schiedsmann: H. Hohmann, Stoschstr. 8 SPD  
 Stellvertreter: Paul Rasmuss, Elisabethstr. 88 SPD
- XIII** (Gaarden-Süd-Kronsburg)  
 Schiedsmann: Heinz Löhdorf, Preetzer Ch. 56 SPD  
 Stellvertreter: H. Martschinske, "Eiderkrug" Fl. CDU
- XIV** (Hasee)  
 Schiedsmann: Werner Zech, Kronsburger Str. 2 CDU  
 Stellvertreter: A. Knippahals, Alte Lübecker Ch. 44 CDU
- XV** (Hasseldiekamm)  
 Schiedsmann, Bruno Vannini, Hofholzallee 82 SPD  
 Stellvertreter: Paul Crzybilla, Hofholzallee 36 Fl. CDU
- XVI** (Ellerbek)  
 Schiedsmann: G. Luzuweit, Klausdorfer Weg 77 SPD  
 Stellvertreter: K. Martens, Klausdorfer Weg 66 SPD
- XVII** (Wellingdorf)  
 Schiedsmann: R. Koch, Tinkestr. 26 SPD  
 Stellvertreter: W. Hohnson, Schönberger Str. 94 SPD
- XVIII** (Holtenau)  
 Schiedsmann: W. Bross, Richterstr. 2 SPD  
 Stellvertreter: H. Schumann, Richthofenstr. 35 SPD
- XIX** (Pries)  
 Schiedsmann: Gustav Birkig, Fritz-Reuter-Str. 114 SPD  
 Stellvertreter: Otto Werner, Friedrichsorter Str. 63 CDU
- XX** (Friedrichsort)  
 Schiedsmann: H. Golisch, An der Schanze 42 Fl. CDU  
 Stellvertreter: Erich Gneise, Christianspries 29 a Fl. SPD
- XXI.** (Neumühlen-Dietrichsdorf)  
 Schiedsmann: W. Kossow, Probsteier Platz 3 SPD  
 Stellvertreter: K. Heide, Tiefe Allee 30 SPD
- XXII** (Elmschenhagen)  
 Schiedsmann: Otto Doose, Ellerbeker Weg 20 SPD  
 Stellvertreter: R. Rohde, Braunauer Weg 18 CDU

Kiel, den 30. Juli 1948.

Drucksache 252

Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Zustimmung zur Umbesetzung der nachstehend aufgeführten Ausschüsse:

Entnazifizierungs-Hauptausschuß I

ausgeschieden: P o p p , Friedrich,  
Kantstraße 10 DGB

neu: M u h s , Franz  
Dithmarscher Straße 3 DGB

Entnazifizierungs-Hauptausschuß II

ausgeschieden: S c h w e i m , Robert  
W'havener Str. 6 CDU

neu: B u n j e s , August  
Goethestraße 8 CDU

6 b Flüchtlingsausschuß

ausgeschieden: G o g o l l a , Friedrich  
Blücherplatz 2 CDU

neu: S c h n e i d e r , Franz  
Knooper Weg 2 a CDU

8 3 Fachausschuß für Wohnungsinstandsetzung

ausgeschieden: Ratsherr P r e u ß , Wilhelm  
Iltisstraße 15 CDU

neu: Ratsherr S a g e r , Hermann  
Esmarchstr. 66. CDU

8 4 Fachausschuß für Trümmerräumung

ausgeschieden: Ratsherr P r e u ß , Wilhelm  
CDU

neu: Ratsherr S a g e r , Hermann  
CDU

8 5 Fachausschuß für Hochbau

ausgeschieden: Ratsherr P r e u ß , Wilhelm  
CDU

neu: Ratsherr S a g e r , Hermann  
CDU



8 6 Fachausschuß für Tiefbau

ausgeschieden: Ratsherr P r e u ß , Wilhelm CDU

neu: Ratsherr S a g e r , Hermann CDU

9 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

ausgeschieden: W e g e n e r , Herbert CDU  
Düsternbrooker Weg 77

neu: S e i f e r t , Helmut CDU  
Kiel-E'hagen, Franzensbader Str. 13 CDU

9/1b Einspruchskommission für Freitags

ausgeschieden: W e g e n e r , Herbert CDU  
Düsternbrooker Weg 77

neu: S e i f e r t , Helmut CDU  
Franzensbader Straße 13

9 5 Unterausschuß Bezirksstelle Elmschenhagen

ausgeschieden: Frau H o f m a n n , Else SPD  
Meichenberger Str. 27

neu: Hans L a h m e g , SPD  
Kiel-Elmschenhagen, Schlehenkamp 10

8 Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen

ausgeschieden: Ratsherr S a l a u , Kurt SPD  
Kiel, Iltisstr. 10

neu: Ratsherr K l e t s c h e r , Emil SPD  
Kiel-Gaarden, Wikinger Str. 20

G a y k  
Oberbürgermeister

Drucksache 254Betrifft: Verwaltungsgebührenordnung.Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.Antrag: Die bestehende Gebührenordnung der Stadt Kiel vom 17.1.46 wie nachstehend zu erweitern.

## § 10

Es wird folgende Gebühr erhoben:

A - F pp.

G. Vom Stadtwirtschaftsamt

- |   |         |
|---|---------|
| a) für jede Fernfahrtgenehmigung  | DM 2,-- |
| b) für die Genehmigung von Sonntags-<br>fahrten mit PKW (soweit sie nicht<br>ausschl. dem Transport leicht ver-<br>derblicher Waren dienen) | " 5,--  |

- Beschlußfassung durch die Stadtvertretung -

Begründung:  
-----

Das Stadtwirtschaftsamt hat im Februar 1948 dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr die Absicht mitgeteilt, für Maßnahmen im Straßenverkehr Verwaltungsgebühren zu erheben. Durch Erlaß vom 16. März 1948 wurde gebeten, von der Erhebung der vorgesehenen Gebühren Abstand zu nehmen, da beabsichtigt ist, im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern und für Finanzen eine für das ganze Land Schleswig-Holstein geltende Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr, zu erlassen. Eine solche Gebührenordnung liegt bis heute - nach vier Monaten - noch nicht vor. Von der Hansestadt Hamburg und dem Straßenverkehrsamt Flensburg werden nach vorliegenden Unterlagen für die Erteilung von Fernfahrtgenehmigungen Verwaltungsgebühren in Höhe von DM 2,-- erhoben. Der Hauptausschuß für Wirtschaft und Ernährung hat daher beschlossen, mit sofortiger Wirkung die beantragten Verwaltungsgebühren zu erheben.

N i c k e l s e n  
Stadtrat

Kiel, den 3. August 1948.

2. Nachtagstagesordnung

zur Sitzung der Stadtvertretung, Mittwoch, den 4.8.1948,  
15.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal.  
-----

10. Betrifft: Jahresabschluß 1947. - Drs. 255 -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
11. Betrifft: Erhebung von Gebühren für das Aufstellen von Grab-  
malen auf den städt. Friedhöfen. - Drs. 260 -  
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
12. Betrifft: Erhebung eines Pauschbetrages für die Auslagen im Ent-  
nazifizierungsverfahren neben den festgesetzten Ver-  
fahressgebühren. - Drs. 263. -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.
13. Verschiedenes.

Der Oberstadtdirektor



Drucksache 255

Betrifft: Jahresabschluß 1947.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Genehmigung des Jahresabschlusses 1947.

Jahresabschluß 1947

Nach Abschluß der Bücher der Stadthauptkasse zeigt der Jahresabschluß 1947 folgendes Ergebnis:

A. Laufende Verwaltung.

Sollausgabe  
Solleinnahmen

78.000,760,54RM  
76.226.381,40 "

Soll-Fehlbetrag

1.774.379,14RM

Die Einnahmereste betragen 6.874.327,20 RM, auf die zur Deckung von Einnahmeausfällen und Überzahlungen namentlich bei der Grundsteuer 6.300.000 RM abgeschrieben werden mußten.

B. RestverwaltungSolleinnahmereste

13.171.364,47 RM

Abgänge 4.400.302,88 RM  
Zugänge 162.865,-- RM

4.277.437,88 RM

Berichtigtes Einnahmesoll

8.893.926,59 RM

Sollausgabereste

8.027.354,07 RM

Hiervon wurden erspart

212.304,03 RM

Berichtigtes Ausgabesoll

7.815.050,04 RM

Verbesserung der Restverwaltung

Zugänge beim Einnahmesoll  
Abgänge beim Ausgabesoll

162.865,00 RM

212.304,03 RM

375.169,03RM

Gesamtfehlbetrag aus A und B

1.399.210,11RM

Zum Ausgleich der Jahresrechnung wurde von der Landesregierung ein vorläufiger Bedarfszuschuß von 1.830.000 RM überwiesen. Zur Abdeckung des Fehlbetrags wurden hiervon 1.399.210,11 RM in Anspruch genommen. Der Restbetrag von 430.789,89 RM konnte der Landesregierung nicht mehr erstattet werden, da auf Grund des 3. Währungsgesetzes die Kassenbestände der Gebietskörperschaften untergegangen sind.

N i c k e l s e n  
Stadtrat



Drucksache 260

Betrifft: Erhebung von Gebühren für das Aufstellen von Grabmalen  
auf den städt. Friedhöfen.

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Für die Aufstellung von Grabmalen auf den städt. Friedhöfen  
sind folgende Gebühren zu erheben:

Für Reihengräber	2,-- DM
Für Wahlgräber:	
für Steine bis zu 100 cm Breite	5,-- DM
" " über 100 cm bis 150cm Breite	10,-- DM
" " über 150 cm Breite	20,-- DM

Begründung

Für die Aufstellung von Grabmalen wurden von der Verwaltung des früheren Garnison-Friedhofes, der jetzt von der Stadt Kiel verwaltet wird, Gebühren erhoben. Auch die kirchlichen Friedhöfe in Kiel und verschiedene Gemeinden erheben solche Gebühren. Für die städt. Friedhöfe wurden sie bisher nicht erhoben. Der Verwaltung entstehen Kosten durch das Genehmigungsverfahren, Überwachung der Aufstellung und Fundamentierung, Abnutzung der Wege, Kontrolle der Steine auf Standfestigkeit und bei Abräumung für Entfernung der Steine und der Fundamente. Die Erhebung einer Gebühr ist daher gerechtfertigt. Von anderen Friedhofsverwaltungen werden die nachstehenden Gebühren erhoben:

Friedhof	G e b ü h r für Steine		
	Reihengräber DM	Wahlgr. bis 100 cm Breite DM	über 100 cm Breite DM
Nordfriedhof	5,--	10,--	20,--
kirchl. Friedhöfe Kiel	-,--	4,--	8,-- + 16,--
Lübeck	3,--	6,--	10,--
Essen	2,--	5,--	10,--
Wiesbaden	2,--/3,--	5,--	
Frankfurt	1,--/2,--	4,--/36,--	36,--/45,--
Bremen	6,--/9,--	10,--/20,--	30,--/40,--
Hannover	8,--	20,--/50,--	bis 50,--
Stettin	10,--	25,--/60,--	bis 60,--

W ü s t e n b e r g  
Ratsherr

Kiel, den 31. Juli 1948.

Drucksache 263

Betrifft: Erhebung eines Pauschbetrages für die Auslagen im Entnazifizierungsverfahren neben den festgesetzten Verfahrensgebühren.

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Genehmigung zur Erhebung einer Pauschlage von 3,-- DM für die Auslagen im Entnazifizierungsverfahren.

Begründung

Die zum Entnazifizierungsgesetz erlassene Kostenordnung sieht die Erhebung von Gebühren und Auslagen vor. In Schleswig-Holstein wird die Einziehung der Verfahrenskosten unterschiedlich gehandhabt. Für den Stadtkreis Kiel wurden bisher lediglich die Verfahrensgebühren erhoben. Von der Erhebung eines Auslagenersatzes ist bisher abgesehen, da der Landesminister für die Entnazifizierung unter dem 31. März 1948 verfügt hat, daß mit der Zahlung der Gebühren alle Auslagen des Verfahrens als abgegolten anzusehen sind. Mit dieser Anordnung steht die vom Landesminister des Innern erlassene Rundverfügung vom 24. Mai 1948, in der gesagt wird, daß neben den Verfahrensgebühren die Auslagen gemäß § 3 der Kostenordnung zu tragen sind, in Widerspruch. Nach Mitteilung des Sekretariats des Entnazifizierungsausschusses werden von den übrigen Kreisen zur Erstattung der Auslagen Pauschalbeträge in Höhe von 3 - 5,-- DM erhoben. Der Finanzausschuß hat daher in seiner Sitzung vom 30. Juli 1948 beschlossen, der Stadtvertretung die Erhebung eines Pauschalbetrages von 3,-- DM als Auslagenersatz in Vorschlag zu bringen.

N i c k e l s e n  
Stadtrat



Kiel, den 4. August 1948.

3. Nachtragstagesordnung

zur Sitzung der Stadtvertretung, Mittwoch, den 4.8.1948,  
15.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal.  
- - - - -

13. Betrifft: Auflösung des Kleingartenbeirats und Einsetzung eines  
Kleingartenausschusses. Drs. 267 -  
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.
14. Betrifft: Vergleich in dem Arbeitsgerichtsstreit Gefrierhausverwalter  
Willi Andres/Stadt Kiel. - Drs. 269 -  
Berichterstatter: Stadtrat Stolze.
15. Verschiedenes. Nichtöffentliche Sitzung
16. Betrifft: Verkauf des Grundstücks Sandkuhle 8/Prüne 16, groß 3081 qm,  
an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. - Drs. 266 -  
Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Der Oberstadtdirektor

17 - 2. Nachtragstagesordnung 48



Drucksache 267

Betrifft: Auflösung des Kleingartenbeirats und Einsetzung  
eines Kleingartenausschusses.

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: a) Zustimmung zur Auflösung des Kleingartenbeirats und  
b) einen Kleingartenausschuß zu bilden und folgende  
Mitglieder hierfür zu wählen:

- Ratsherr: ..... )
- Ratsherr: ..... (Grundbesitzer)
- Arthur Goldmann, ..... (Kleingärtner)
- Kiel, Schwefelstraße 8
- August Rethwisch, ..... (Kleingärtner)
- Kiel-G., Stoschstraße 9
- Heinrich Wörpel, ..... (Bauer)
- Kiel-E'hagen, i. Dorf 13

Begründung:

Um die Organisation des Kleingartenwesens auch in Kiel der von  
der Landesregierung geltend gemachten Auffassung anzupassen,  
wurde das Kleingartenwesen vom Grundstücksamt abgetrennt und  
dem Tiefbauamt, Abtl. Gartenwesen, angegliedert.

Der bisherige Kleingartenbeirat wurde im Jahre 1946 auf Grund eines  
Erlasses des Oberpräsidenten vom 16.2.1946 gebildet. Es wird vorge-  
schlagen, diesen Beirat aufzulösen und an seine Stelle einen Klein-  
gartenausschuß treten zu lassen. Das vom Schleswig-Holsteinischen  
Landtag vom 3.2.48 beschlossene Kleingartengesetz sieht vor,  
daß Gemeinden und Kreise bei der Verwaltung des Kleingartenwesens  
durch Kleingartenausschüsse beraten werden, die durch die Vertre-  
tungskörperschaften nach den Vorschriften ihrer Verfassung zu  
wählen sind. Den Kleingartenausschüssen müssen Mitglieder der  
Gemeinnützigen ~~Kleingartenausschüsse~~ Kleingärtnervereine und der land-  
wirtschaftlichen Berufsorganisationen angehören, die aus Vorschlags-  
listen entnommen werden, die die Organisationen vorlegen.

Durch diese Umorganisationen wird eine klare Scheidung zwischen  
der Vertretung der gemeindlichen Belange bei der Verwaltung des  
städtischen Grundbesitzes und der Erfüllung der überwiegend hoheit-  
lichen Aufgaben auf dem Gebiete des Kleingartenwesens auch innerhalb  
der Selbstverwaltung erzielt.

W ü s t e n b e r g  
Ratsherr

Kiel, den 31. Juli 1948.

Brucksache 269

Betrifft: Vergleich in dem Arbeitsgerichtsstreit Gefrierhausverwalter  
Willi A n d r e s ./.. Stadt Kiel.

Berichterstatter: Stadtrat Stolze.

Antrag: Zustimmung zu der in der Arbeitsgerichtssache Gefrierhaus-  
verwalter Willi A n d r e s nach § 54 DGO. vorbehaltlich  
der Genehmigung der Stadtvertretung ergangenen Entscheidung.

Begründung

Gemäß Beschluß der Stadtvertretung vom 21.4.1948 ist der frühere  
Gefrierhausverwalter A n d r e s am 28.4.1948 fristlos entlassen  
worden. In der hiergegen von ihm angestregten Klage ließ das  
Arbeitsgericht unverkennbar durchblicken, daß es die Gründe für  
die fristlose Entlassung nicht als gerechtfertigt ansehen, sich  
aber einer fristgerechten Beendigung des Dienstverhältnisses nicht  
verschließen würde. Es ist daher folgender Vergleich geschlossen  
worden:

Die Beklagte nimmt die fristlose Entlassung zurück.

Das Arbeitsverhältnis wird im beiderseitigen Einverständnis  
am 30.9.1948 gelöst. Beide Parteien behalten sich den Wider-  
ruf des Vergleichs bis einschließlich 8.7.1948 vor.

Der Hauptausschuß für Personalfragen hat den Abschluß dieses Ver-  
gleichs in der Sitzung vom 25.6.1948 befürwortet.

Da die Angelegenheit keinen Aufschub duldete, wurde am 5.7.1948 gem.  
§ 54 Abs. 1 DGO. vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtver-  
tretung folgende Entscheidung getroffen:

Der Vergleich vom 24.6.1948 im dem Arbeitsrechtsstreit  
Andres ist nicht zu widerrufen.

S t o l z e  
Stadtrat



Zu Drucksache 252

Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zur Neubesetzung der folgenden Ausschüsse:

6 g. Fachausschuß für Jugendwohlfahrt

Ausgeschieden: Paul Segert,  
Kiel, -E'hagen, Trautenauer Weg

Mitglied der Jugend-  
Verbände

Neu:

Hermann Thurow,  
Kiel-Kronsburg

Mitglied der Jugend-  
verbände

8. Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen

Ausgeschieden: Kurt Salau,  
als bürgerl. Mitglied.  
Kiel-G., Iltisstraße 46

SPD

Neu:

als bürgerl.  
Mitglied.

Emil Kletscher,  
Kiel-G., Wikinger Straße 14

SPD

Gayk  
Oberbürgermeister

Anwesenheitsliste

Sitzung der Stadtvertretung vom . . . . .

Lfd.Nr.	Name	Unterschrift
1.	Book	
2.	Breitenstein	
3.	Damm, Dorothea	
4.	Debratz	<i>Debratz</i>
5.	Einfeldt	
6.	Finn	
7.	Gayk	
8.	Graber	<i>Graber</i>
9.	Hell, Dr.	<i>Hell</i>
10.	Hinz, Ida	<i>Hinz</i>
11.	Hombrecher	
12.	Jahn	<i>Jahn</i>
13.	Jeschke, Dr.	<i>Jeschke</i>
14.	Kletscher	<i>Kletscher</i>
15.	Köchling	<i>Köchling</i>
16.	Köster	<i>Köster</i>
17.	Kowalewsky	<i>Kowalewsky</i>
18.	Kühl, Käthe	<i>Kühl</i>
19.	Lüthje	<i>Lüthje</i>
20.	Marth	<i>Marth</i>
21.	Müller	<i>Müller</i>
22.	Nickelsen	<i>Nickelsen</i>
23.	Pankow	
24.	Preuß	
25.	Ratz	<i>Ratz</i>
26.	Riedl	
27.	Sager	
28.	Salau	
29.	Seydlitz von	<i>Seydlitz von</i>
30.	Schäfer Dr.	<i>Schäfer</i>
31.	Schatz	<i>Schatz</i>
32.	Scheidemann	
33.	Schmidt, Ludw.	<i>Schmidt</i>
34.	Schmidt, Max	
35.	Schmiedemann	
36.	Schmucker	<i>Schmucker</i>



lfd. Nr.	Name	Unterschrift
37.	Schröder	<i>Schröder</i>
38.	Schnetz	<i>Schnetz</i>
39.	Schweim	
40.	Stade	<i>annos und</i>
41.	Stolze	
42.	Sheede	<i>Sheede</i>
43.	Wiese	<i>Wiese</i>
44.	Wilhelms	<i>Wilhelms</i>
45.	Wüstenberg.	<i>Wüstenberg</i>

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zu dieser Gruppe von geschäftlichen Mitteilungen ein abschließendes Wort:

Sie werden mir, wie ich hoffe, beistimmen, wenn ich feststelle, daß diesen Veröffentlichungen eine sehr eindeutige Absicht zugrunde liegt. Ich glaube nicht, daß derartige Veröffentlichungen dem Wohle der Stadt Kiel dienen. Wir sind auf ein Zusammenwirken aller gutwilligen Kräfte angewiesen, um uns in dieser schweren Zeit zu behaupten. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auf diese wenigen Worte beschränken.

Den Kieler Zeitungen werden die zu den einzelnen Fällen gegebenen Mitteilungen im Einvernehmen mit der Kämmererei als amtliche Erklärungen des Oberbürgermeisters zugehen, damit sie auf diesem Wege allen Kieler Bürgern zur Kenntnis gebracht werden können.

Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4.8.1948

#### Geschäftliche Mitteilungen

Betr.: Kündigung von städtischen Angestellten.

Das "Norddeutsche Echo" brachte in seiner Ausgabe vom 8.7.1948 einen Artikel "Sozialer Lastausgleich in den Verwaltungen." Darin heißt es u.a.

"Nach der bisherigen Kündigungspraxis im Kieler Rathaus sind bisher ca. 150 Angestellte der städtischen Verwaltungen gekündigt worden. Sämtliche Kündigungen sind für Angestellte, die nach der Besoldungsordnung unter der Gruppe VI bezahlt werden, ausgesprochen worden. 200 Angestellte sollen in kürzester Frist demselben Schicksal verfallen".

Dem "Norddeutschen Echo" wurde daraufhin durch das Presseamt der Stadt Kiel am 12.7.1948 nachstehende Berichtigung übersandt:

1. Es ist nicht wahr, daß sämtliche Kündigungen für Angestellte, die nach der Besoldungsordnung unter der Gruppe VI bezahlt werden, ausgesprochen worden sind. Wahr ist, daß sich die Kündigungen auch auf Angestellte der Vergütungsgruppen II - V erstrecken. Darüber hinaus sind seit einiger Zeit freigewordene Stellen höherer Besoldungsgruppen nicht wieder besetzt, sondern eingespart worden.
2. Es ist nicht wahr, daß 200 Angestellte in kürzester Frist gekündigt werden sollen. Wahr ist, daß bisher weder über eine Zahl noch über einen Zeitpunkt von weiteren Kündigungen irgendwelche Beschlüsse gefaßt worden sind.

Das "Norddeutsche Echo" hat diese sachliche Richtigstellung bis auf den heutigen Tag nicht gebracht.

Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4.8.1948

#### Geschäftliche Mitteilung.

Betr.: "Bauen statt räumen".

Die "Kieler Nachrichten" vom 10.7. ds. Jrs. brachten als Leserbrief eine Zuschrift des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins. Darin wird gesagt, daß Kiel in der Bizone den Ruf der bestaufgeräumten Stadt genieße, aber auch den Ruf, daß wenig, bitter wenig gebaut werde. Es wird gefordert, die Trümmerräumung einzustellen und die hier beschäftigten Arbeitskräfte für die Schaffung von Wohn- und Gewerbe-



raum einzusetzen. Stadtvertretung und Stadtverwaltung werden aufgefordert, alle angemeldeten Bauvorhaben im Interesse der Arbeitsbeschaffung sofort freizugeben.

Im Auftrage der Kämmererei gebe ich hierzu folgende Erklärung ab:

1. Kiel genießt in der Bizone nicht nur den Ruf der bestaufgeräumten Stadt, sondern auch den Ruf, daß hier am wenigsten schwarz gebaut worden ist. Die Kämmererei erblickt darin keinen Tadel für die Stadt Kiel.
2. Jedem Kieler Bürger ist bekannt, daß in Kiel weder Baumittel noch Arbeitskräfte brachgelegen haben. Leider standen diese nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Außer den rd. 6000 Bauarbeitern im Hochbau, die in Kiel ansässig sind, wurden seit 1945 rd. 1.500 auswärtige Bauarbeiter laufend voll beschäftigt. In Kiel war nach dem Kriege kein Bauarbeiter ohne Arbeit.
3. Die städtische Baupolitik, die Tätigkeit des Bauhandwerks, der Bauindustrie und der Architektenschaft haben sich konzentriert auf die Instandsetzung von 14.000 Wohnungen, bei denen es sich durchweg um Ruineninstandsetzung handelte, und auf die Schaffung von 130.000 qm Nutzfläche für produktive Betriebe, davon 90.000 qm Ruinenausbau.
4. In Kiel sind Hauptbaustoffe in einer Menge verbaut worden, die dem Fassungsvermögen von 23.000 Eisenbahnwagen entsprechen, davon allein 63 Millionen Ziegel, 2.300 cbm Holz und 7.600 t Eisen.
5. Die Trimmerräumung muß jetzt aus Gründen der Geldverknappung eingeschränkt werden. Leider bedeutet dies eine empfindliche Herabsetzung der Bergung von Baustoffen. Auch nach der Währungsreform werden die vorhandenen Baustoffe schnell ausverkauft sein. Ob bei den gekürzten Kohlezuteilungen die notwendige Produktion nachfolgt, bleibt abzuwarten.
6. Der Hinweis, mit den bei der Trimmerräumung freiwerdenden Arbeitskräften mehr zu bauen als bisher, verkümmert völlig die Sachlage. Eine Verwendung von Arbeitskräften aus der Trimmerräumung ist im Hochbau kaum möglich, da in der Trimmerräumung hauptsächlich ungelernte Kräfte beschäftigt werden. Selbst jetzt ist von einer Arbeitslosigkeit bei den Baufacharbeitern kaum zu sprechen.
7. Dringliche Baumanträge sind bisher und werden auch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten freigegeben. Die bauwirtschaftliche und finanzielle Lage läßt leider befürchten, daß die Voraussetzungen für eine Steigerung der Bautätigkeit sehr begrenzt sind.

Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4.8.1948

Geschäftliche Mitteilung

Betr.: Artikel "Die Odyssee eines Glasbläfers".

Die "Kieler Nachrichten" brachten in ihrer Ausgabe vom 27. Juli ds. Jrs. einen Artikel unter der Überschrift "Die Odyssee eines Glasbläfers". In der Ausgabe der gleichen Zeitung vom 3. August ds. Jrs. ist eine Äußerung des Presseamtes der Stadt Kiel gekürzt abgedruckt. Ich darf die Kenntnis dieser beiden Veröffentlichungen bei den Mitgliedern der Stadtvertretung voraussetzen.

Meine Erklärung zu dieser Angelegenheit kann sich danach auf 2 Punkte beschränken:

1. die finanzielle Seite: Millionenwerte in Devisen lassen sich nicht so leicht erarbeiten und verdienen. Wie wohl jedem etwas sachverständigen Kenner der Materie bekannt sein dürfte, sind mindestens einige Hundert Beschäftigte notwendig, um für Millionen D-Mark Waten herzustellen. Mit einer Belegschaft von

oder gar von den privaten Besitzern zurückgehalten werden.

Soweit die Feststellung zu diesem Einzelfall. Darüber hinaus ist folgendes zu bemerken:

Die Schriftleitung der "Kieler Nachrichten" ist vom Presseamt der Stadt Kiel um eine Rücksprache gebeten worden, um mit dem zuständigen Sachbearbeiter der Stadtverwaltung die einzelnen Fälle durchzusprechen. Der Vertreter der "Kieler Nachrichten" ist trotz der fernmündlich gemachten Zusage nicht erschienen

Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4.8.1948

Geschäftliche Mitteilung

Betr.: Artikel: "Muß die heimatlose Jugend trampeln?"

Die "Kieler Nachrichten" berichteten in ihrer Ausgabe vom 13.7. ds. Jrs. über den Leidensweg einer 20-jährigen Studentendeutschen. Der Artikel schloß mit einem Vorwurf gegen das städtische Fürsorgeamt, das sich für nicht zuständig erklärt haben sollte. Es liegt folgender Tatbestand vor:

Ein Beamter des Stadtwirtschaftsamtes stand 9.7.48 gegen 15.45 Uhr mit einem ihm flüchtig bekannten Presseberichterstatter auf dem Rathausflur vor seinem Zimmer im Gespräche, als er ein Mädchen bemerkte, das irgendetwas zu suchen schien. Er sprach sie an, um ihr behilflich zu sein. Sie zeigte ihm eine gültige Fahrkarte von Marne nach Lübeck-Pöppendorf und sagte ihm, man mache ihr auf der Bahn in Kiel wegen des Umweges Schwierigkeiten bei der Weiterfahrt. Dann erzählte sie den beiden Herren auch gleich ihre Leidensgeschichte, worüber sie eingehende Aufzeichnungen bei sich führte. Der Beamte ging mit den beiden in sein Zimmer, rief von dort bei der Abteilung Flüchtlingsfürsorge an und bat um eine allgemeine Auskunft, ob die Flüchtlingsfürsorge auf der Fahrkarte den Umweg bescheinigen könnte. Das wurde verneint unter gleichzeitigem Hinweis auf den Bahnhofsvorstand. Der eingangs erwähnte Beamte, der auch selbst der Meinung war, daß das Mädchen sich an den Bahnhofsvorstand wenden müsse, gab ihr zunächst, von ihrem Schicksal angesprochen, sein Frühstücksbrot und 1 D-Mark. Er schrieb ihr dann selbst eine Bescheinigung für den Bahnhofsvorstand aus, es möchte ihr die Weiterreise auf ihre gültige Fahrkarte ermöglicht werden. Damit verließ sie das Rathaus. Sie hat danach weder bei ihm noch beim Fürsorgeamt wieder vorgesprochen.

Für den Presseberichterstatter waren die Erlebnisse des Mädchens, die er zufällig mit angehört hatte, nun Anlaß, seinen Artikel zu schreiben.

Mit diesem Artikel war der Eindruck erweckt worden, als habe das Fürsorgeamt in Kenntnis des Schicksals dieses Mädchens ihm Hilfe und Unterstützung "wegen Unzuständigkeit" versagt. Von dem beklagenswerten Schicksal dieses Mädchens war aber dem Fürsorgeamt überhaupt nichts bekannt geworden. Der Angestellte des Fürsorgeamtes, an den telefonisch nur eine ganz eng begrenzte, in diesen Tagen überaus häufige allgemeine Anfrage gerichtet war, konnte daraus nicht ersehen, daß diese sich auf das zum Gegenstand des Artikels gemachte junge Mädchen bezog.

Soweit die Feststellung zu dem Einzelfall. Über die allgemeine Regelung ist hinzuzufügen, daß die Dienststellen der Sozialverwaltung helfen, soweit es nur möglich ist. Die ohne Bleibe herumirrende männliche Jugend, die sich meldet oder aufgegriffen wird, wird vom Jugendamt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt in der "freiwilligen



nur 8 Mann in einem aufzubauenden Betrieb sind gewiß keine Millionenwerte zu erzeugen. Hinzu kommt noch, daß der Umfang der Erzeugung weitgehend von den maschinellen Einrichtungen und von den vorhandenen Rostoffen abhängig ist. Welche Schwierigkeit in dieser Beziehung immer wieder störend allen Betrieben in den Weg treten, weiß jeder. Besonders groß sind diese Erschwerungen bei der Glas-erzeugung und erst recht bei der Herstellung von Thermometern und hochwertigen Glaswaren. Als letztes muß darauf hingewiesen werden, daß Anfragen nach Waren noch keine Verkäufe sind, und daß Ausländerinteressenten erst der JEIA-Genehmigung bedürfen, ehe sie ihre Abschlüsse tätigen können. In der Zeit vor der Währungsreform konnte jeder Betrieb eine unendliche Liste von Anfragen vorlegen, die jetzt nach der Währungsreform stark zusammengeschrumpft sind. Wenn alle Betriebe nur nach den Anfragen vor der Währungsreform bemessen würden, hätten wir nur Mammutbetriebe. Leider sind aber Herstellung und Lieferungen maßgebend.

2. Die journalistische Seite der Angelegenheit .

Wenn es der Zeitung auf eine sachliche Information ihrer Leser und die Förderung der Interessen der Stadt Kiel angekommen wäre, hätte sie den Artikel vor Veröffentlichung dem Presseamt zur Stellungnahme zuleiten sollen. Gerade in diesem Falle wäre ein solches Verfahren, das durchaus üblich ist, angebracht gewesen. Die Zeitung hätte dann den Artikel und die Richtigstellung gleichzeitig bringen können, so daß die Leser in der Lage gewesen wären sich ohne Voreingenommenheit ein Urteil zu bilden. Das ist nicht geschehen. Wenn jetzt im Anschluß an die Äußerung des Presseamtes auf eine Versammlung des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins hingewiesen wird, in der der Glasbläser G o h l a zu den aufgeworfenen Fragen persönlich Stellung nehmen wird, so sind mit aller Deutlichkeit die eigentlichen inneren Zusammenhänge dieser Aktion klargelegt worden.

Zur Sitzung der Stadtvertretung am 4.8.1948

Geschäftliche Mitteilung

Betr.: Artikel "Aufgeräumte Stadt mit kleiner Fehlern."

Die "Kieler Nachrichten" vom 31.7. ds.Jrs. bringen unter der Überschrift "Aufgeräumte Stadt mit kleinen Fehlern" einen Bericht über Firmen, die gerne nach Kiel wollten, aber nicht konnten. Dazu gebe ich im Auftrage der Kämmererei folgende Erklärung ab:

Wenn es den "Kieler Nachrichten" auf eine sachliche Information und eine Klärung angekommen wäre, hätte die Zeitung schon genauere Angaben machen müssen, um welche Firmen es sich im einzelnen handelt. Dann wäre es auch möglich, in jedem Falle nachzuprüfen und nachzuweisen, welche Schritte die Stadtverwaltung unternommen hat.

Von den angeführten 7 Fällen ist der Stadtverwaltung zunächst nur der Fall der Landmaschinenfabrik in seinen Einzelheiten bekannt. Hier handelt es sich aber auch nur um die Verkaufsniederlassung dieser Landmaschinenfabrik, und ihr waren bereits Räume für ein Auslieferungslager auf dem Werftgelände zur Verfügung gestellt worden, die allerdings auf Anordnung der Militärregierung wieder geräumt werden mußten. Ersatzräume, die der Firma zusagten, konnten leider nicht so schnell gefunden werden.

Es muß bei dieser Gelegenheit die schon bei früheren Anlässen getroffene Feststellung wiederholt werden, daß alle Gebäude, die nach den schweren Kriegszerstörungen verblieben sind, entweder schon ausgenutzt sind,  
oder von der Mil.Reg. in Anspruch genommen werden,  
oder von den Verwaltern nur zu hohen Mietsätzen vermietet werden,

oder

Jugendarbeit" auf Hof Hammer oder in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen in deren Heimen untergebracht. Weibliche Jugendliche werden in Zusammenarbeit mit dem Verein "Kieler Mädchenheim e.V." in der ehemaligen Walderholungsstätte Vieburg aufgenommen.

Der kommissarische Dezernent der Sozialverwaltung hatte sich der Schriftleitung der "Kieler Nachrichten" zu einer Erörterung zur Verfügung gestellt und eine persönliche Aussprache vorgeschlagen. Er wollte damit erreichen, daß die Öffentlichkeit gerade über diese allgemeine Regelung unterrichtet werden sollte, um damit schiefe Auffassungen zu beseitigen. Von diesem Anerbieten haben die Kieler Nachrichten keinen Gebrauch gemacht.



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Stadtvertretung, Mittwoch, den 4.8.1948,  
Rathaus, Ratssaal.

Beginn: 1500 Uhr      Ende: 1800 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Gayk, Bürgermeister Breitenstein,

Stadträte: Dr. Hell, Frau Kühl, Kowalewsky,  
Nickelsen, Schatz, Schwartz, v.  
Seydlitz,

Ratsherren: Dobratz, Graber, Frau Hinz, Jahn,  
Dr. Jeschke, Kletscher, Köchling,  
Köster, Lythje, Marth, Müller,  
Ratz, Dr. Schaefer, Schmidt Ludw.,  
Schmucker, Schröder, Stade, Theede,  
Wilhelms, Wistenberg, Schmiedemann.

Es fehlen entschuldigt: Stadträte: Einfeldt,  
Stolze, Ratsherren: Book, Damm, Finn,  
Hombrecher, Pankow, Preuß, Riedl,  
Sager, Salau, Scheidemann, Schmidt  
Max, Schweim.

Die Stadtverwaltung ist vertreten durch:  
Oberstadtdirektor Lehmkühl, Stadt-  
direktor Fischer, Oberverwaltungs-  
räte: Mandelkow, Koeppen, Puls, Frau  
Stadtschulrätin Jensen, Stadtkämmerer  
Dr. Fuchs, Verwaltungsrat Borchert.

Vorsitzender: Oberbürgermeister G a y k

Schriftführer: Städtinspektor Knuth.

Geschäftliche Mitteilungen

1. Ausscheiden eines Ratsherrn

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt bekannt, daß Ratsherr  
Preuß infolge Arbeitsüberlastung sein Amt als Ratsherr nieder-  
gelegt hat. Für seine Tätigkeit wird ihm der Dank der Stadtver-  
tretung und Stadtverwaltung ausgesprochen.  
- Kenntnis genommen -

2- Kieler Woche 1948

O b e r b ü r g e r m e i s t e r gibt bekannt, daß vom 1. bis  
5. September 1948 in Kiel die traditionelle "Kieler Woche" durch-  
geführt wird. Sie erhält dadurch besondere Bedeutung, daß Ver-  
treter aus Kopenhagen, Oslo und Stockholm teilnehmen. Außerdem  
wird eine Abordnung aus Coventry unter Führung von Bürgermeister  
Brix anwesend sein.  
- Kenntnis genommen -

3. Unsachliche Berichterstattung durch das "Norddeutsche Echo" und durch die "Kieler Nachrichten"

Oberbürgermeister gibt bekannt, daß das "Norddeutsche Echo" einen Artikel veröffentlicht hatte, der besagte, daß es sich bei den von der Stadt Kiel gekündigten Angestellten um solche handle, die alle unter der Besoldungsgruppe VI bezahlt wurden. Das Presseamt hat bereits eine entsprechende Gegenerklärung veröffentlicht, die besagt, daß auch Angestellten der Vergütungsgruppen II-V gekündigt worden ist.

Die "Kieler Nachrichten" hatten einen Artikel veröffentlicht, der sich mit dem "Leidensweg einer 20-jährigen Sudetendeutschen" befaßte. Mit diesem Artikel wurde der Eindruck erweckt, daß das städtische Fürsorgeamt, obgleich es von der besonderen Notlage des Mädchens gewußt, sich für Hilfeleistung nicht zuständig erklärt hätte. Oberbürgermeister schildert den tatsächlichen, anderslautenden Sachverhalt und erklärt, daß dem Mädchen geholfen worden wäre, wenn es sich wirklich an das Fürsorgeamt gewandt hätte. Es hat seinen Antrag auf Unterstützung aber an anderer Stelle vorgebracht und ist danach beim Fürsorgeamt nicht erschienen. Der komm. Dezernent für Sozialverwaltung hatte den betr. Berichterstatter der "KN" um eine Unterredung in der Angelegenheit gebeten. Der Berichterstatter ist dieser Einladung nicht gefolgt.

Die "Kieler Nachrichten" haben in einer anderen Ausgabe einen Artikel veröffentlicht, der der Stadtführung vorwarf, verschiedenen Industriebetrieben, die sich nach Kiel beworben hatten, die Niederlassung versagt zu haben. Oberbürgermeister ist der Ansicht, daß die Zeitung bestimmte Einzelfälle hätte anführen müssen. Es hätte dann geprüft werden können, welche Maßnahmen dazu geführt haben, daß die erwähnten Betriebe sich in Kiel nicht niederlassen können. Bisher ist nur ein bestimmter Fall bekannt. Es wird besonders betont, daß der gesamte gewerbliche Raum in Kiel bereits für gewerbliche Zwecke genutzt oder von der Mil.Reg. in Anspruch genommen wird. Einer erbetenen Rücksprache in dieser Angelegenheit ist die Schriftleitung der "KN" nicht nachgekommen.

Ein anderer Artikel der "KN" befaßte sich mit der Forderung, die Trümmerräumung einzustellen und die freiwerdenden Kräfte für den Wiederaufbau einzusetzen.

Oberbürgermeister erklärt dazu, daß neben der Trümmerräumung bisher in Kiel 14.000 Wohnungen und 130.000 qm gewerblicher Raum wiederhergestellt werden konnten. Es haben keine Baumittel brachgelegen. Im übrigen sind die dann ggf. freiwerdenden Arbeitskräfte keine Facharbeiter und können im Hochbau nicht beschäftigt werden.

Wenn die Trümmerräumung nun doch eingeschränkt werden muß, dann geschieht es nur infolge der schwierigen Finanzlage der Stadt Kiel.

Durch einen Artikel der "KN" "Odyssee eines Glasbläfers" ist der Eindruck erweckt worden, als hätte die Stadt Kiel die Niederlassung eines Betriebes abgelehnt, der Millionenwerte für den Export hätte schaffen können. Oberbürgermeister bezweifelt, ob es einem so kleinen Betrieb überhaupt möglich sein wird, derartige Werte zu schaffen und weist auf die Schwierigkeiten hin, die die "Jeia" bei der Genehmigung von Auslandsaufträgen macht.

Oberbürgermeister beanstandet die unsachlichen Berichterstattungen der Zeitungen und ist der Ansicht, daß diese, wenn ihnen an einer sachlichen Information gelegen sei, vorher die Stellungnahme

lungnahme



lungnahme der Stadtverwaltung hätten einholen müssen, um sie dann zusammen mit den betreffenden Artikeln zu veröffentlichen. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß mit der Veröffentlichung derartiger Artikel eine bestimmte Absicht verfolgt wird. Die Gegenerklärungen der Stadtführung sollen durch das Presseamt veröffentlicht werden.

- Kenntnis genommen -

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 2.7.1948.

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 2.7.1948 sind keine Bedenken erhoben worden.

2. Vortrag des Oberbürgermeisters "Kiel nach der Währungsreform".

O b e r b ü r g e r m e i s t e r betont eingangs, daß die Währungsreform Stadtführung und Stadtverwaltung nicht überrascht hat. Durch die Art ihrer Durchführung aber hat sie die Stadt Kiel vor eine finanzielle und soziale Krise gestellt. Das privatwirtschaftlich befangene Denken der entscheidenden Besatzungsmacht hat bei falscher Einschätzung der Bedeutung des öffentlichen Sektors in der deutschen Wirtschaft zu Fehlentscheidungen geführt. Sämtliche Rücklagemittel der Stadt sind erloschen. Daneben wird eine wesentliche Verminderung der laufenden Einnahmen eintreten, die allein bei den Steuern und Gebühren etwa 1,4 Mill. DM betragen wird. Der Fürsorgeetat ist so vorsorglich aufgestellt worden, daß hier trotz der Zunahme der Unterstützungsfälle noch keine Mehrausgabe zu verzeichnen ist. Mit einer wesentlichen Ersparnis ist nur beim Schuldendienst zu rechnen. Wenn es nicht gelingt, wesentliche Verbesserungen in den Verhandlungen mit den einzelnen Dienststellen zu erzielen, dürfte der Haushaltsplan für den Rest des Haushaltsjahres 1948/49 mit einem Fehlbetrag von über 6 Mill. DM abschließen.

Oberbürgermeister gibt danach einen Überblick über finanzielle Einschränkungen, die auf dem Bausektor vorgenommen sind. Um schockartige Wirkungen auf das Wirtschaftsleben zu vermeiden, ist von Massenentlassungen im Augenblick abgesehen worden. Viele gute Vorsätze lassen sich aber nicht durchführen, weil die zentralen Frankfurter Stellen es an der rechtzeitigen Vorsorge hat fehlen lassen. Entlassungen von Arbeitskräften, die mit der Trümmerräumung beschäftigt sind, werden nicht ausbleiben. Ein großer Teil der Räumgeräte wird dadurch überflüssig und von Kiel abgezogen werden. Bei Weiterführung des bisherigen Tempos wäre Kiel in 4 bis 6 Jahren trümmerfrei gewesen. Mit den Kräften, die heute noch zur Verfügung stehen, wird die Räumung etwa 25 Jahre dauern. Um diesem zu begegnen, müssen neue Wege gefunden werden. Die Zahl der Arbeitslosen in Kiel wird wahrscheinlich sprunghaft ansteigen. Vortragender gibt danach eine Übersicht über die in der öffentlichen und privaten Wirtschaft durchgeführten Entlassungen. Auch in der städtischen Verwaltung müssen Entlassungen vorgehoben werden. Es wird besonders betont, daß nicht nur in den unteren Stellen abgebaut werden soll. Seit langem wird der Grundsatz verfolgt, die bei den leitenden Stellen freiwerdenden Plätze nicht wieder zu besetzen sondern die Arbeit vorhandenen Kräften zu übertragen. Die anderweitige Unterbringung dieser Entlassenen dürfte nach den Verhandlungen mit dem Arbeitsamt schwierig sein, da gerade dieser Beruf weit überbesetzt ist. Durch die Währungsreform ist den Ländern der Auftrag erteilt worden, auf dem Gebiet des Beamtenrechts die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Eine Neuregelung auf diesem Gebiet wird kommen müssen.

Durch die Währungsreform ist die soziale Fürsorge besonders in Mitleidenschaft gezogen worden. Es muß damit gerechnet werden, daß die



Zahl der Anträge auf Unterstützung ansteigt. Trotzdem sind die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge nicht herabgesetzt worden, denn die sind ohnehin niedrig genug. Die Währungsreform hat so empfindliche soziale Härten und Ungerechtigkeiten gebracht, daß nicht nur oder in erster Linie von den Minderbemittelten Opfer verlangt werden dürfen. Auf dem Gebiet der Jugendberufshilfe wurden die erforderlichen Maßnahmen weiter durchgeführt unter dem Leitgedanken, daß vorbeugen besser ist als heilen.

Zur Politik der Warenhortung verantwortungsloser Geschäftsleute wird erklärt, daß sie kaum ohne schwere Folge für das künftige soziale und politische Leben bleiben wird. Für den Neuaufbau der Stadt Kiel ist die krisenfeste Wiederbelebung der Wirtschaft notwendig. Die eigenen Mittel sind nicht ausreichend. Niemand wird der Stadt Kiel vorwerfen können, daß sie nach dem Zusammenbruch die Hände in den Schoß gelegt hat. Neben der Trümmerräumung ist mit dem Wiederaufbau von Wohnungen und gewerblichen Räumen begonnen worden. Für die Förderung der Wirtschaft hat die Stadt alles getan, was in ihren Kräften stand. Wenn auf diesem Gebiet nicht mehr erreicht werden konnte, so ist der Grund darin zu suchen, daß durch die Sonderbestimmungen des Kontrollrats jede Neuansiedlung von Industrien auf dem bedeutendsten Industrie- u. Hafengelände konsequent untersagt wurde. Innerhalb der engen Grenzen, die durch die Besatzungsmacht gezogen wurden, ist das Menschenmögliche für den Aufbau der Kieler Wirtschaft getan. Bis zur Währungsreform ist sowohl der wirtschaftspolitische als auch der finanzielle Impuls beim Neuaufbau der Kieler Wirtschaft von der öffentlichen Hand ausgegangen. Die Währungsreform ist vorwiegend nach geldpolitischen und privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt worden. Sie hat die Bedeutung der öffentlichen Hand für den Aufbau der Wirtschaft völlig verkannt. Weder das Land noch die Stadt Kiel werden den begonnenen Neuaufbau fortsetzen können. Damit hat man der Stadt wohl die wirtschaftspolitischen Entscheidungen genommen, nicht aber die politische und soziale Verantwortung. Alle verfügbaren Kräfte müssen daher zusammengefaßt werden, um die berechtigten Forderungen der kriegszerstörten Städte gegenüber den zentralen Wirtschaftsstellen zu vertreten. Neben der Gewährung langfristiger Kredite müssen Sonderhilfsmaßnahmen für die Aufbaubetriebe gefordert werden. Der Aufbau Kiels kann nicht durch die Bürger dieser Stadt allein bewältigt werden. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht des ganzen Landes und darüber hinaus eine gesamtdeutsche Aufgabe. Die Stadt Kiel braucht nicht nur ausreichende Kredite, nicht nur die Zuweisung neuer Steuern und eines erhöhten Finanzausgleichs: sie braucht in erster Linie wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Der Wiederaufbau Kiels ist keine lokale sondern eine nationale Aufgabe. Es wäre schlimm um die deutsche Zukunft, wenn diese selbstverständliche Verpflichtung bei der Neuordnung der Währung und der Wirtschaft übersehen würde. Natürlich sind auch die nichtkriegszerstörten Gemeinden durch die Währungsreform hart betroffen worden. Das seiner wirtschaftlichen Grundlage beraubte Kiel aber wird in eine finanzielle und soziale Krise gestürzt, wie sie keine andere Stadt des Landes durchzumachen braucht. Kiels Neuaufbau erfordert einen offenen und realen Blick für alle Nöte und Schwierigkeiten und den Mut und die Unerschrockenheit zur Rettung der Stadt. Wenn es sein muß, müssen auch neue und ungewöhnliche Wege beschritten werden. Kiels Neuaufbau erfordert darüber hinaus die gegenseitige Hilfe aller Bürger der Stadt, erfordert das Zurückstellen aller Sonderinteressen und den restlosen Einsatz für die gemeinsamen Aufgaben des Neuaufbaues.

"Kiel wird leben, wenn wir es wollen. Also wird Kiel leben!"

Stadtrat S c h a t z unterstreicht die Ausführungen des Oberbürgermeisters und erklärt, daß die sozialdemokratische Partei dem Oberbürgermeister auf dem von ihm vorgezeichneten Wege folgen wird. Es wird bedauert, daß die Gemeinden nicht die notwendigen Maßnahmen ergreifen können, um die Not nach der Währungsreform zu lindern. Trotzdem soll alles mögliche getan werden, um die werktätige Bevölkerung zu unterstützen.



Ratsherr Dr. J e s c h k e betont besonders die Wichtigkeit des Zusammengehens zwischen Stadtverwaltung und Privatwirtschaft. Seitens der CDU wird es nicht an der erforderlichen Zusammenarbeit fehlen, um den Wiederaufbau Kiels auch nach der Währungsreform intensiv zu betreiben.

In weiteren Ausführungen wird der Landesregierung Dank ausgesprochen für die Hilfe, die sie der Stadt in den Jahren nach dem Zusammenbruch gewährt hat. Die Auffassung des Oberbürgermeisters, daß neue Wege gefunden werden müssen, um die Trümmerräumung nicht über Jahrzehnte hinauszuziehen, wird besonders begrüßt.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r dankt den Vertretern der Fraktionen für ihre zugesagte Unterstützung auf dem zu beschreitenden Weg. Wenn die vergangenen Jahre schon schwer waren, so werden die kommenden noch schwerer werden. Die Trümmerräumung soll als produktive Erwerbslosenfürsorge weiter durchgeführt werden. Zur Frage der Beschäftigung jüngerer Arbeitskräfte wird erklärt, daß es unverantwortlich ist, junge Menschen ohne Arbeit auf der Straße liegen zu lassen.

In weiteren Ausführungen wird darauf hingewiesen, daß das Land einen Ausgleich der Lasten innerhalb der Länder der westlichen Zone fordern müsse. Die Stadt Kiel wird eine solche Forderung gegenüber dem Land auch vertreten.

Abschließend wird an die Bürgerschaft der Stadt Kiel die Forderung gerichtet, den bisherigen Opferwillen auch weiterhin zu zeigen.

3. Betrifft: Niederschlagung und Erlaß von Forderungen. - Drs. 241 -  
Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Zustimmung zur Niederschlagung von 241,10 RM und zum Erlaß von 47,-- RM.

Ausgelegt: Niederschlagungs- und Erlaßlisten.

Beschluß: Nach Antrag.

4. Betrifft: Gemeindewahl am 24. Oktober 1948. - Drs. 248 -  
Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung, daß

- a) in der Gemeindewahl am 24. Oktober 1948 44 Gemeindevertreter, und zwar 26 unmittelbare und 18 Listenvertreter gewählt werden,
- b) ein Wahlausschuß gebildet, der besteht aus dem Oberstadtdirektor als Vorsitzenden und aus 8 Beisitzern, für die außerdem Stellvertreter zu wählen sind, und zwar

Ordentliche Mitglieder:

- ✓ Otto Engel, Virchowstr. 8 (SPD)
- ✓ Franz Büse, Saltzwedelstr. 25 SPD
- ✓ Friedrich Müller, Ostring 76 SPD
- ✓ Theodor Werner, Königsweg 52 SPD
- ✓ Dr. Karl Gläser, Sophienblatt 58 CDU
- ✓ Dr. Schwinkowski, W'havener Str. 25 CDU
- ✓ Karl-Friedr. Zahn, Knooper Weg 111 CDU
- ✓ Emil Martini, Schwefelstr. 8 KPD

Stellvertreter:

- Friedrich Hinz, Bahnhofstr. 22 SPI
- Theodor Schmidt, Bugenhagenstr. 5 SPD
- Ernst Voß, Langenbeckstr. 55 SPI
- Arthur Schneider, Projensdorferstr. 19 SPD
- Reinhold Arp, Prüne 65 CDU
- Henry Pankow, Blücherstr. 1 CDU
- Claus Tietje, v.d. Goltzallee 70 CDU
- Heinrich Faber, Medusastr. 11 KPD

Ratsherr Dr. J e s c h k e äußert Bedenken gegen die beabsichtigte Zusammensetzung des Wahlausschusses und ist der Ansicht, daß außer den 3 in der Stadtführung vertretenen Parteien auch die übrigen im Lande anerkannten Parteien im Wahlausschuß vertreten sein müßten. Sprecher beantragt, je ein Mitglied der Konservativen Partei, der FDP und des Zentrums in den Wahlausschuß aufzunehmen  
unter

unter Beibehaltung der Gesamtzahl von 8 Beisitzern.

Stadtrat S c h a t z ist der Auffassung, daß nach dem Wahlgesetz nicht zwingend vorgeschrieben ist, alle Parteien in diesen Ausschuß aufzunehmen. Das Wahlgesetz besagt nur, daß möglichst alle Parteien zu berücksichtigen sind.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r bemerkt zu dem Vorschlag des Ratsherrn Dr. Jeschke, daß dann auch solche Parteien in den Ausschuß aufzunehmen seien, die bis zur Wahl noch gebildet würden. Sprecher ist der Ansicht, daß nur Vertreter der Parteien in den Ausschuß gewählt werden können, die in der Stadtführung vertreten sind,

In der weiteren Aussprache wird anhand eines Kommentars zum Wahlgesetz festgestellt, daß es nicht zwingend vorgeschrieben ist, alle im Lande anerkannten Parteien in den Wahlausschuß zu übernehmen. Das Gesetz spricht lediglich von der Möglichkeit.

Beschluß: zu a) Nach Antrag.

zu b) Der Antrag wird mit 22 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen angenommen.

5. Betrifft: Bewirtschaftungsplan für Baumittel. - Drs. 249 -

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Genehmigung der Bewirtschaftungspläne

- a) Mittel für die Beseitigung von Kriegsschäden (Anl.A)
- b) Mittel für bauliche Maßnahmen im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt außer Kriegsschädenbeseitigung (Anl.B)

Ratsherr S c h m u c k e r wendet sich gegen die beabsichtigte Kürzung von 200.000 RM auf 3.000 DM bei der Haushaltsstelle 453/903 für den Ausbau der Flüchtlingslager und ist der Ansicht, daß die ursprünglich vorgesehenen Mittel für die geplante Aufteilung der Baracken in kleinere Räume in dieser Höhe benötigt werden. Sprecher schlägt vor, bei der Landesregierung einen Sonderantrag auf Erstattung dieses Betrages zu stellen.

O b e r b ü r g e r m e i s t e r stellt fest, daß der bereitgestellte Betrag von 200.000 RM bis zur Währungsreform für den vorgesehenen Zweck bereits ausgegeben wurde. Die 3.000 DM werden zusätzlich eingestellt. Oberbürgermeister hält es für unangebracht, den von Ratsherrn Schmucker vorgeschlagenen Erstattungsantrag an die Landesregierung zu stellen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird festgestellt, daß die Einwendungen des Ratsherrn Schmucker an dieser Stelle unangebracht sind, da er in den Ausschußsitzungen derartiges nicht vorgebracht hat.

Stadtrat S c h a t z erklärt, daß auch andere berechtigte Wünsche in bezug auf den Bewirtschaftungsplan unter den gegebenen schwierigen finanziellen Verhältnissen hätten zurückgestellt werden müssen.

Ratsherr S c h m u c k e r beantragt Einzelabstimmung darüber, ob der eingangs von ihm erwähnte Sonderantrag an die Landesregierung gerichtet werden soll.

Es wird zur Einzelabstimmung geschritten. Der Antrag des Ratsherrn Schmucker wird gegen eine Stimme abgelehnt.

Beschluß: Nach Antrag.



6. Betrifft: Neuwahl der Schiedsmänner. - Drs. 251 -  
Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Wahl der Schiedsmänner nach dem beigefügten Vorschlag der Parteien.

Bezirk: I (Altstadt)

Schiedsmann: Bruno Bialek, Gastwirt, Flämische Str. 18 CDU  
Stellvertr.: E. Bischoff, Klosterkirchhof 31a SPD

II. (Vorstadt)

Schiedsmann: E. Thümmel, Sophienblatt 32/34 SPD  
Stellvertr.: Otto Petersen, Lerchenstr. 17 SPD

III. (Exerzierplatz)

Schiedsmann: Bruno Klebba, Jungfernstieg 22 Fl. SPD  
Stellvertr.: Berta Petersen, Eckernförder Str. 11a SPD

IV. (Dampferhof)

Schiedsmann: Heinrich Panitzki, Jägersberg 21a SPD  
Stellvertr.: Max Schulz, Fährstraße 26 SPD

V. (Brunswik)

Schiedsmann: Ludwig Köhler, Waitzstraße 37 SPD  
Stellvertr.: Wilhelm Beckmann, Jungmannstr. 66 SPD

VI. (Düsternbrook)

Schiedsmann: Fritz Ivers, Forstweg 20 CDU  
Stellvertr.: Otto Schlehenkamp, Forstweg 13 CDU

VII. (Am Blücherplatz)

Schiedsmann: R. Andresen, Feldstraße 65 CDU  
Stellvertr.: Heinrich Bauer, Gneisenaustraße 27 CDU

VIII. (Wik)

Schiedsmann: Gertrud Brauer, Prinz-Heinr.-Str. 14 Fl. CDU  
Stellvertr.: Hans Muschke, Hanssenstraße 3. SPD

IX. (Ravensberg)

Schiedsmann: Karl Zahn, Knooper Weg 111 CDU  
Stellvertr.: Albert Eckl, Bremer Str. 8 CDU

X. (Schreventeich)

Schiedsmann: Heinrich Flenker, Geibelplatz 9 CDU  
Stellvertr.: Erich Viergutz, Goethestraße 9 Fl. SPD

XI. (Am Südfriedhof)

Schiedsmann/Friedrich Krütsfeldt, Königsweg 109 CDU  
Stellvertre.: Franz Hoppe, Melanchtonstr. 27 SPD

XII. (Gaarden Ost)

Schiedsmann: H. Hohmann, Stoschstr. 8 SPD  
Stellvertr.: Paul Rasmus, Elisabethstr. 88 SPD

XIII. (Gaarden-Süd-Kronsburg)

Schiedsmann: Heinz Löhndorf, Preetzer Ch. 56 SPD  
Stellvertr.: H. Martschinske, "Eiderkrug" Fl. CDU

XIV. (Hasee)

Schiedsmann: Werner Zech, Kronsburger Straße 2 CDU  
Stellvertr.: A. Knippals, Alte Lübecker Ch. 44 CDU

XV. (Hasseldieksdamm)

Schiedsmann: Bruno Vannini, Hofholzallee 82 SPD  
Stellvertr.: Paul Czymbilä, Hofholzallee 36 Fl. CDU

XVI. (Ellerbek)

Schiedsmann: G. Luzuweit, Klausdorfer Weg 77 SPD  
Stellvertreter: K. Martens, Klausdorfer Weg 66 SPD

XVII.

- XVII. (Wellingdorf)  
 Schiedsmann: R. Koch, Timkestraße 26 SPD  
 Stellvertr.: W. Johnson, Schönbergerstr. 94 SPD
- XVIII. (Holtenuau)  
 Schiedsmann: W. Bross, Richterstraße 2 SPD  
 Stellvertr.: H. Schumann, Richthofenstraße 35 SPD
- XIX. (Pries)  
 Schiedsmann: Gustav Birkig, Fritz-Reuter-Str. 114 SPD  
 Stellvertr.: Otto Werner, Friedrichsorter Str. 63 CDU
- XX. (Friedrichsort)  
 Schiedsmann: H. Golisch, An der Schanze 42 Fl. CDU  
 Stellvertr.: Erich Gneise, Christianspries 29a Fl. SPD
- XXI. (Neumühlen-Dietrichsdorf)  
 Schiedsmann: W. Kossow, Probsteier Platz 3 SPD  
 Stellvertr.: K. Heide, Tiefe Allee 30 SPD
- XXII. (Elmschenhagen)  
 Schiedsmann: Otto Doose, Ellerbeker Weg 20 SPD  
 Stellvertr.: R. Rohde, Braunauer Weg 18 CDU

In der Aussprache wird die Besetzung der Bezirke I (Bialek), X (Flenker) und XIV (Zeche) beanstandet.  
Beschluß: Nach Antrag. Für die CDU-Vertreter der Bezirke I, X und XIV sollen Ersatzmänner gewählt werden.

7. Betrifft: Umbesetzung von Ausschüssen. - Drs. 252 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Zustimmung zur Umbesetzung der nachstehend aufgeführten Ausschüsse:

Entnazifizierungs-Hauptausschuß I

ausgeschieden:

neu:

✓ Popp, Friedrich, Kantstr. 10 DGB Muhs, Franz, Dithmarscherstr. 3 DGB

Entnazifizierungs-Hauptausschuß II

ausgeschieden:

neu:

✓ Schweim, Robert, W'havener Str. 6 CDU ✓ Bunjes, August, Goethestr. 8 CDU

6 b. Flüchtlingsausschuß

ausgeschieden:

neu:

✓ Gogolla, Friedr., Blücherpl. 2 CDU ✓ Schneider, Franz, Knooper Weg 32a CDU

8 3 Fachausschuß für Wohnungsinstandsetzung

ausgeschieden:

neu:

✓ Ratsherr Preuß, Wilhelm, Iltisstr. 15 CDU Ratsherr Sager, Hermann, Esmarchstr. 66 CDU

8 4 Fachausschuß für Trümmerräumung

ausgeschieden:

neu:

✓ Ratsherr Preuß, Wilhelm, Iltisstraße 15 CDU Ratsherr Sager, Hermann, Esmarchstr. 66 CDU

8 5 Fachausschuß für Hochbau.

ausgeschieden:

neu:

✓ Ratsherr Preuß, Wilhelm Iltisstr. 15 CDU Ratsherr Sager, Hermann, Esmarchstr. 66. CDU



8 6 Fachausschuß für Tiefbau

ausgeschieden:

neu:

✓ Ratsherr Preuß, Wilhelm CDU Ratsherr Sager, Hermann CDU  
*Scheidemann*

9 Hauptausschuß für Wohnungsfragen

ausgeschieden:

neu:

✓ Herbert Wegener, Düstern- CDU ✓ Helmuth Seifert, Kiel- CDU  
brooker Weg 77 Elmschenhagen, Franzensbaderstr. 13

9/1b Einspruchskommission für Freitags

ausgeschieden:

neu:

✓ Herbert Wegener, Düstern- CDU ✓ Helmuth Seifert, Kiel-Elm- CDU  
brooker Weg 77 schenhausen, Franzensbader Str. 13

9 5 Unterausschuß Bezirksstelle Elmschenhagen

ausgeschieden:

neu:

✓ Frau Hofmann, Else, SPD ✓ Hans Lahmeg, Kiel-Elmschen- SPD  
Reichenberger Str. 27 hagen, Schlehenkamp 10

6 g Fachausschuß für Jugendwohlfahrt.

ausgeschieden:

neu:

✓ Paul Segert, Mitglied der ✓ Hermann Thurow, Mitglied der  
Jugendverbände, Kiel-E'hagen, Jugendverbände, Kiel-Kronsburg  
Trautenauer Weg

8 Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen

ausgeschieden:

neu:

✓ Kurt Salau, Kiel-Gaarden, Il- ✓ Emil Kletscher, Kiel-Gaarden,  
tisstraße 46, als bürgerl. Wikingerstr. 14 als bürgerl.  
Mitglied SPD Mitglied SPD

Ratsherr Dr. J e s c h k e beantragt, in den Fachausschuß für Trümmerräumung und in den Fachausschuß für Tiefbau anstelle des vorgeschlagenen Ratsherrn Sager den Ratsherrn Scheidemann zu wählen.

Beschluß: Nach Antrag. In den Fachausschuß für Trümmerräumung und in den Fachausschuß für Tiefbau wird anstelle von Ratsherrn Sager Ratsherr Scheidemann gewählt.

8. B etrifft: Verwaltungsgebührenordnungl.-Drs.254 -

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Die bestehende Gebührenordnung der Stadt Kiel vom 17.1.46 wie nachstehend zu erweitern:

§ 10

Es wird folgende Gebühr erhoben:

A - F pp.

G. Vom Stadtwirtschaftsamt

- a) für jede Fernfahrtgenehmigung DM 2,--
- b) für die Genehmigung von Sonntagsfahrten mit PKW (soweit sie nicht ausschl. dem Transport leicht verderblicher Waren dienen) " 5,--

Die Vorlage wird zurückgezogen.

9. Betrifft: Jahresabschluß 1947. - Drs. 255 -

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Genehmigung des Jahresabschlusses 1947.

Beschluß: Nach Antrag.

10. Betrifft: Erhebung von Gebühren für das Aufstellen von Grabmalen auf den städtischen Friedhöfen. - Drs. 260 -

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: Für die Aufstellung von Grabmalen auf den städt. Friedhöfen sind folgende Gebühren zu erheben:

für Reihengräber	2,-- DM
für Wahlgräber	
für Steine bis zu 100 cm Breite	5,-- DM
"      "      über 100 cm bis 150 cm Breite	10,-- DM
"      "      über 150 cm Breite	20,-- DM

Beschluß: Nach Antrag.

11. Betrifft: Erhebung eines Pauschbetrages für die Auslagen im Entnazifizierungsverfahren neben den festgesetzten Verfahrensgebühren. - Drs. 263 -

Berichterstatter: Stadtrat Nickelsen.

Antrag: Genehmigung zur Erhebung einer Pauschale von 3,-- DM für die Auslagen im Entnazifizierungsverfahren.

In der Aussprache wird die Frage des Stadtrats Dr. Hell, ob für unbemittelte Studenten die Möglichkeit einer Gebührenfreiheit gegeben ist, dahingehend bejaht, daß diesen auf Antrag die Gebühr erlassen werden kann.

Beschluß: Nach Antrag.

12. Betrifft: Auflösung des Kleingartenbeirats und Einsetzung eines Kleingartenausschusses. - Drs. 267 -

Berichterstatter: Ratsherr Wüstenberg.

Antrag: a) Zustimmung zur Auflösung des Kleingartenbeirats und  
b) einen Kleingartenausschuß zu bilden und folgende Mitglieder hierfür zu wählen:

- Ratsherr: .....
- Ratsherr: ..... (Grundbesitzer)
- Arthur Goldmann (Kleingärtner)
- Kiel, Schwefelstr. 8
- Gustav Rethwisch, (Kleingärtner)
- Kiel-G. Stoschstr. 9
- Heinrich Wörpel (Bauer)
- Kiel-EMhagen, i. Dorf 13

Beschluß: a) nach Antrag,  
b) nach Antrag. Es werden gewählt:  
Ratsherr Schmiedemann  
Ratsherr Schmucker

SPD ✓  
CDU ✓

*[Handwritten Signature]*  
Oberbürgermeister

*[Handwritten Signature]*  
Bürgermeister

*[Handwritten Signature]*  
Oberstadtdirektor



2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Kiel  
für das Rechnungsjahr 1948

Auf Grund des § 88 der Deutschen Gemeindeordnung in der Fassung der Verordnung der Militärregierung Nr. 21 vom 1. April 1946 wird folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Nachtragshaushaltsplan wird im ordentlichen Nachtragshaushaltsplan

in den Einnahmen auf ..... weniger 8.000.000 RM  
(gegenüber 83.248.262 RM Einnahmen im ordentlichen Haushaltsplan)

in den Ausgaben auf ..... 5.843.570 RM  
(gegenüber 84.674.137 RM Ausgaben im ordentlichen Haushaltsplan)

und im außerordentlichen Haushaltsplan

in den Einnahmen auf ..... 47.360.571 RM  
(gegenüber 9.957.050 RM Einnahmen im außerordentlichen Haushaltsplan) einschl. des 1. Nachtragshaushaltsplans)

in den Ausgaben auf ..... 47.360.571 RM  
(gegenüber 9.957.050 RM Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan einschl. des 1. Nachtragshaushaltsplans)

festgesetzt.

§ 2

Darlehen und Kassenkredite werden nicht aufgenommen.

Im Auftrage des Rats der Gemeinde.

Beschluß: Nach Antrag.

*Gayk*  
Oberbürgermeister

*Baumgarten*  
Bürgermeister

*Holt*  
Oberstadtdirektor

K 18/15





- Von Punkt 8) der Tagesordnung: a) Stadtwirtschaftsamt zur Kenntnis,  
 b) Kämmereramt zur Kenntnis,  
 c) Hauptamt zur Kenntnis.  
 " " 9) " " Kämmereramt zur Kenntnis  
 " " 10) " " a) Tiefbauamt zur weiteren Veranlassung,  
 b) Kämmereramt zur Kenntnis  
 " " 11) " " Kämmereramt zur weiteren Veranlassung.  
 " " 12) " " Tiefbauamt zur Kenntnis.

Nichtöffentliche Sitzung

- Von Punkt 13) der Tagesordnung: a) Tiefbauamt zur weiteren Veranlassung,  
 b) Kämmereramt zur Kenntnis.  
 " " 14) " " Grundstücksamt zur weiteren Veranlassung.  
 " " 15) " " Kämmereramt zur Kenntnis.  
 " " 16) " " Kämmereramt zur Kenntnis.

2. Z.d.A.

I.A.  
*Viertel*

Sitzung der Kämmerei:  
Stadtvertretung: vom:

4. 8. 48

---

Einen Auszug aus dem Beschluß der Sitzung der

Kämmerei  
Stadtvertretung:

heute erhalten:

Dienststelle	Betr.:	Unterschrift - Datum
Kämmerei	Winkel: 3-5-8-9 10-11-13- 15-16	Wolff 12/8. 48
Ratsamt	Winkel: 2-4-6-7-	Winkel
Postamt	Winkel 3 ad. Postk. Verh.	Offizial
Finanz- und Rechnungswesen	Winkel: 3-14	Drehschal
Feuerlösch- u. Rettungs- wesen	Winkel: 3	Blum
Stadtkämmerei	Winkel: 3	Lehmann
Stat. - u. Wahlamt	Winkel: 4	Stiller
Stadtplanungsamt	Winkel: 5	Drehschal
Rechts- u. Verwaltungs- amt	Winkel: 6	Reinhold



Handwerkslosgesellschaft

Wende  
8

Papiermarkt

Ziffenamt

Wende

Drehkat

10-12-13